

DEMOGRAPHIE

Mitteilungen der Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie e. V. - Berlin 2001, Nr. 23



Was ist seit unserer letzten Mitgliederversammlung passiert?

Wie auf unserer letzten Mitgliederversammlung besprochen, wurde die Zusammenarbeit mit der DGBw forciert. Seitdem fanden drei gemeinsame Vorstandssitzungen mit der DGBw statt.

Im Mittelpunkt dieser Aktivitäten stand natürlich der Verschmelzungsprozess von JPSG und DGBw sowie die inhaltliche Vorbereitung unserer gemeinsamen Jahrestagung im Juni 2001 zum Thema „Familienpolitik und Familienstrukturen“, die einen würdigen Rahmen für den Verschmelzungsprozess bieten soll. Inzwischen liegt Ihnen das Programm dieser Tagung vor, so dass jeder sehen kann, dass hier ein umfangreiches und anspruchsvolles Programm zusammengestellt wurde.

Auch die Tradition unserer Gesellschaft, die Durchführung einer Veranstaltung im Rahmen der Statistischen Woche, wird in der neuen „Deutschen Gesellschaft für Demographie“ fortgesetzt werden. In diesem Jahr werden wir in Dortmund eine Veranstaltung zum Thema „Volkszählung in Deutschland“ organisieren. Dass dieses Thema viele KollegInnen interessiert, konnten wir bereits auf unserer Berliner Veranstaltung feststellen, die sich am 16. März 2001 dem gleichen Thema widmete. 34 KollegInnen haben an dieser Veranstaltung teilgenommen. Die Diskussionen zeigten, dass insbesondere im Bereich der Wissenschaft Informationsdefizite über den Vorbereitungsstand der Testerhebung bestehen und dass andererseits die Volkszählungskonzepte, die einen Methodenwechsel hin zur Registerzählung vorsehen, noch unbefriedigend sind.

Auch die Dezember-Tagung zur Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik im „Dritten Reich“ ist auf gutem Wege. An dieser Stelle sei schon jetzt Herrn Prof. Mackensen für sein großes Engagement bei der inhaltlichen Vorbereitung dieser Veranstaltung ausdrücklich gedankt.

An der Ausgestaltung des Verschmelzungsprozesses von DGBw und JPSG konnten Sie sich beteiligen. Wir haben stets versucht, diesen Prozess offenzulegen und Sie soweit als möglich aktiv einzubinden. Von diesem Angebot haben viele Gebrauch gemacht, insbesondere, als es um die Formulierung der neuen Satzung ging. Nicht alle Anregungen konnten berücksichtigt werden. Wer aber auf unserer Homepage „WWW.DEMOGRAPHIE-ONLINE.DE“ den ursprünglichen Satzungsvorschlag mit dem letztendlichen Stand vergleicht, wird keine Mühe haben, dies zu erkennen.

In den Gesprächen mit dem Notar Herrn Faensen, der den Verschmelzungsprozess rechtlich begleitete, wurde deutlich, dass bereits vor unserer „Neugründungsversammlung“ ein Verschmelzungsvertrag unterzeichnet werden musste, inkl. Satzung, Wahlordnung, Name der neuen Gesellschaft (...). Diesen Vertrag haben wir am 4. Mai 2001 unterzeichnet. Alle Dokumente sind auf der Homepage veröffentlicht.

Diese Ausgabe ist voraussichtlich die letzte Mitteilungen unserer Gesellschaft. Der Vorstand hat sein Bestes gegeben, um den Verschmelzungsprozess ordentlich vorzubereiten. Nun ist es an Ihnen, dieser Verschmelzung am 22. Juni in Berlin zuzustimmen. Die Redaktion bedankt sich noch einmal bei allen Autoren für ihre aktive Mitarbeit, wie bei den Lesern für ihr großes Interesse. Es ist vorgesehen, dass auch die neue Gesellschaft regelmäßig eine Publikation für ihre Mitglieder herausgibt.

Die Redaktion

Am 5. März 2001 ist der angesehene frühere Direktor des Institut National des Études Démographiques (INED), der Bevölkerungswissenschaftler und Statistiker Gérard

Calot (1934 – 2001) nach langer Krankheit gestorben. 1972 wurde Calot zum Direktor des INED ernannt. In dieser Eigenschaft förderte er auch die Arbeiten zur Geschichte und Gegenwart der deutschen Demographie. So wurden in seiner Amtszeit u.a. drei Bände über den in Berlin lebenden Wegbereiter der deutschen Statistik und Demographie Johann Peter Süßmilch (1707 – 1767) herausgebracht.

Der durch diese Veröffentlichungen möglich gewordene Zugang zu Süßmilchs Gedanken war auch für deutsche Wissenschaftler – sofern sie französisch sprachen - außerordentlich hilfreich, da Bibliotheken so kostbare Werke wie die „Göttliche Ordnung“, nicht ausleihen. Erst als 1988 Cromms drei Faksimile-Bände erschienen waren, wurde das Arbeiten mit den Originaltexten Süßmilchs auch für Deutsche leichter. Auch nach Calots Ausscheiden aus dem INED im Jahr 1992 hat sein Einfluss noch nachgewirkt, denn 1998 kam noch ein vierter Band über Süßmilch heraus (Rohrbassers Übersetzung mit Anmerkungen).

Calot aber war nicht nur an der historischen Demographie interessiert. Ihm schien das Historische zwar wichtig, aber noch wichtiger waren ihm die aktuellen Probleme seines Landes und der Welt. Sein Hauptinteresse galt also der Moderne und dabei



Gérard Calot

Der bedeutende französische Demograph ist tot

Inhaltsverzeichnis

Beiträge	Seite
<i>Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik vor 1933</i>	2
<i>Die Bevölkerungsregulierung im Land Braunschweig von 1793 bis 1925/42</i>	10
<i>„Volkszählung in Deutschland“ Tagung der JPSG am 16. März 2001 in Berlin</i>	12
<i>Dass die Vergangenheit uns nicht überhole!</i>	17
<i>Jacqueline Hecht Eine renommierte Süßmilch-Forscherin aus Frankreich</i>	18
<i>„Was da auf uns zukommt, ist absolut beherrschbar“ SZ-Interview mit Günter Verheugen</i>	18
<i>Unionsfraktion fordert 1200 Mark Familiengeld</i>	20
<i>Frauen sind die Gewinner der Rentenreform</i>	20
<i>Kaliforniens Weiße jetzt schon eine Minderheit</i>	20
<i>Pressespiegel</i>	
<i>Hinweise auf neue Publikationen</i>	21
<i>Das Ende der Deutschen?</i>	22
<i>Die Deutschen werden ein Volk von Greisen</i>	23
<i>Termine der Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie e. V.</i>	24

insbesondere der Fruchtbarkeit und der Geburtenentwicklung. Mit vollem Engagement widmete er sich diesem, seinem ureigensten Forschungsgebiet. Später wurde er dann auf genau diesem Gebiet von einem seiner Mitarbeiter öffentlich und massiv angegriffen.

Calots Ansehen im Ausland nahm dadurch keinen Schaden. Viele Freunde und zahlreiche Mitarbeiter Calots brachten wenig Verständnis für diese Auseinandersetzungen auf. Calot hatte seine Auslandskontakte über viele Jahre systematisch gepflegt. Er lud häufig ausländische Wissenschaftler zu einem Besuch seines Instituts ein, war bestens informiert und diskutierte gemeinsam mit ihnen über aktuelle demographische Fragen, über Probleme der Datenbereitstellung, über Definitionen, über die Ergebnisse eigener und ausländischer Analysen, wie über die neuesten elektronischen Möglichkeiten der Kommunikation. Über die Jahre ergaben sich dadurch viele Kontakte seines Instituts mit dem Ausland.

Calot reiste gern und viel. So besuchte er u.a. das Statistische Landesamt Berlin. In Wiesbaden nahm er an der Gründungsveranstaltung des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung teil und war ab 1976 Mitinitiator der jährlichen Treffen beider Institute. Zu Zeiten der Teilung Deutschlands pflegte Calot Kontakte zum Ost- und Westteil Berlins. Beispielsweise nahm er an einem Süßmilch-Festkolloquium in der Humboldt-Universität teil, das diese zusammen mit der Akademie der Wissenschaften zu dessen Ehrung organisiert hatte. Aus Westberlin lud Calot einen Vertreter der Berliner Statistik nach Paris ein, damit dieser dort vor den Mitarbeitern des INED und des Institut National de la Statistique et des Études Économiques (INSEE) über die Probleme der Volkszählung in Deutschland in den 80er Jahren berichtete. In Calots Pariser Büro wurde in Zusammenarbeit mit dem Westteil Berlins auch neueste Technik erprobt: Über die damals probeweise zusammengeschalte-

ten Netze Frankreichs und Deutschlands (TéléTél und Btx) wurde so schon sehr frühzeitig ein direkter Zugang zu aktuellen demographischen Daten der beiden Länder ermöglicht.

Der Werdegang des am 7. April 1934 geborenen Calot ist durchaus bemerkenswert. Er war "Polytechnicien", d.h. dass er nach der Schulzeit an einer der Elite-Hochschulen Frankreichs studierte. Die, die dort ihren Abschluss machen, haben in der Regel eine steile Karriere vor sich. Calot, der zudem noch am Statistischen Institut der Universität von Paris (ISUP) studiert hatte, fing dann 1959 beim INSEE an. Dort beschäftigte er sich vor allem mit den Problemen von demographischen Längsschnittuntersuchungen. 1968 war er für die Durchführung der Volkszählung in Frankreich verantwortlich. Er hatte Erfolg und wurde 1972 Nachfolger des weltbekannten Demographen Alfred Sauvy, von dem er u.a. auch den Gedanken des Süßmilch-Projekts übernahm. Die Studien zu Süßmilch wurden von ihm stets gefördert.

Calot selbst sah sich wohl mehr als Wissenschaftler, denn als Manager. Manche meinen, er habe sich zu sehr der wissenschaftlichen Seite seines Fachs gewidmet und dadurch den für ihn sehr schmerzhaften Konflikt erst ermöglicht. Calot blieb dem INSEE stets treu. Nach dem Konflikt kehrte er 1992 als Inspecteur Général ans INSEE zurück und übernahm das Observatoire Démographique Européen (ODE) als Gründungsdirektor und Leiter. Hier kümmerte er sich vorrangig um die Harmonisierung des Systems europäischer demographischer Indikatoren.

Mit ihm, dem ehemaligen Vorsitzenden der European Association for Population Studies (EAPS), hat Frankreich, Europa und die Welt einen höchst engagierten Demographen verloren, an den sich nicht nur die Mitglieder unserer Gesellschaft gerne erinnern werden.

*Eckart Elsner
Statistisches Landesamt Berlin*

Einführende Bemerkungen

In seiner Einführung in das Veranstaltungsthema fragte Rainer Makensen: Gab es "vor 1933" – doch besonders "nach 1919" – in Deutschland überhaupt eine "Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik"?

Wer über das Thema der Veranstaltung (an der auch Nicolaus Sombart und Thomas Kuczynski teilnahmen)

nachdenken will, kommt um das Werk Paul Momberts nicht herum; aber Mombert war Jude, wurde 1933 entlassen, 1938 verhaftet und starb kurz danach. Andere demgegenüber – namentlich Friedrich Burgdörfer und Hans Harmsen – ernteten nach 1933 die Früchte ihrer intensiven Propaganda. Eine Bevölkerungslehre haben sie nicht hinterlassen, wohl aber "Bevölkerungspolitik" gestaltet.

Die Arbeit welcher Personen ist zu behandeln? Es reicht nicht aus, einzelne Namen herauszugreifen und deren Biographien zu untersuchen, obgleich dies notwendig ist. Wenn die "Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik vor 1933" dargestellt werden soll, muss ein Überblick über die Bevölkerungsforschung dieser Zeit geschaffen werden. Sie ist bereits derart unterwandert gewesen, dass der "Umschwung" 1933 "nur" noch der praktische Machtgewinn gewesen ist (übrigens ein überaus aktuelles Thema).

Den Zugang bietet vom Brocke; dazu sind weitere Autoren zu

Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik vor 1933

Am 1. und 2. Dezember 2000 fand in Berlin, im Harnack-Haus, der Tagungsstätte der Max-Planck-Gesellschaft, eine gemeinsame Konferenz der Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie und der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaften statt. Im Folgenden werden Kurzfassungen zu den gehaltenen Referaten wiedergegeben.

Rate zu ziehen. Vom Brocke hat für diese Zeit 779 Titel von 210 Autoren aufgeführt. Aus der Kombination der Namenslisten aus vom Brocke und von Michel und Lischke, IFAD, (243 Autoren), von Wagemann (481 Autoren) und Ungern-Sternberg (106 Namen) entsteht eine Gesamtliste von 715 Autoren aus der fraglichen Zeit. Nur 12 von all diesen Autoren werden von allen vier der bearbeiteten

Quellen gemeinsam genannt, obgleich jede von ihnen beansprucht, das Gesamtgebiet zu repräsentieren. Daraus ergibt sich: jeder dieser um eine Gesamtsicht bemühten Autoren hat eine eigene Auffassung davon, welche Autoren für die Beschäftigung mit Bevölkerungsfragen relevant sind.

Die »Trennung von Lehre und Persönlichkeit« ist von der Dogmengeschichte des Faches bislang wenig beachtet worden. Dabei wird sie unabweislich, wenn Wissenschaftsgeschichte im Hinblick auf die Verquickung der Forschung mit der Politik betrieben werden soll. Es ist ein erstaunlicher Vorgang in der Wissenschaftsgeschichte, wie die Demographie nicht nur in Deutschland im letzten Jahrhundert ihre eigene Entwicklung verdrängt hat.

Das Thema der Arbeitstagung hat es mit einer aufregenden Zeit für die Bevölkerungsforschung zu tun, in der sich ein neues Paradigma durchsetzte, während sich zugleich jedenfalls in Deutschland die Überzeugungstäter durchsetzen konnten – schließlich mit furchtbaren Folgen. Die Zeitspanne zwischen

dem Ersten Weltkrieg und 1933 war die Schicksalsphase der Bevölkerungswissenschaft wie der Demographie. Was immer sie davor gewesen waren, haben sie in dieser Zeit hinter sich gelassen.

Zum einen Teil ist diese Entwicklung die Frucht der Begeisterung für die Naturwissenschaften, die gerade zu jener Zeit um

so stärker gewesen ist, als sich in Deutschland die Begeisterung für das eigene Land als Folge des Ersten Weltkrieges als trügerisch erwiesen hatte. Die Brillanz, welche man der Analyse der Bevölkerung abzugewinnen vermochte, indem man sie als biologischen Prozess modellierte, besticht das Fach noch in der Gegenwart. Um so weniger kann die Veranstaltung mehr tun als an der Oberfläche seiner Geschichte zu kratzen.

Literaturnachweis

- Borgius, Walter 1929: Die Angst um die Geburtenaufwertung. Grundsätzliche Bemerkungen zu Burgdörfers "Geburtenrückgang und seine Bekämpfung". In: Zeitschrift für Sexualwissenschaft und Sexualpolitik, XVI. Band, Heft 3, Juli 1929, S.174–190.
- Brocke, Bernhard vom ed. 1987: Sombarts »Moderner Kapitalismus« - Materialien zur Kritik und Rezeption. München: dtv.
- Brocke, Bernhard vom 1998: Bevölkerungswissenschaft Quo vadis? Möglichkeiten und Probleme einer Geschichte der Bevölkerungswissenschaft in Deutschland – mit einer systematischen Bibliographie, Opladen: Leske u. Budrich.
- Burgdörfer, Friedrich 1929: Der Geburtenrückgang und seine Bekämpfung. Die Lebensfrage des deutschen Volkes. Berlin: Schoetz. (Veröffentlichungen aus dem Gebiete der Medizinalverwaltung XXVIII/2 = 256).
- Fischer, Wolfram u. Jutta Wietog 1999: Bevölkerungsstatistik im Dritten Reich: Das Beispiel der Volkszählung 1939. Berlin: Manuskript.
- Glass, D.V. 1947: Robert René Kuczynski, 1876-1947; Nachruf im Journal of the Royal Statistical Society CX, 1947/IV, 383f.
- Haffner, Sebastian 2000: Geschichte eines Deutschen; Stuttgart: DVA
- Harmsen, Hans (1899-1989) 1927: Bevölkerungsprobleme Frankreichs unter besonderer Berücksichtigung des Geburtenrückgangs. Berlin-Grunewald.
- Harmsen, Hans u. Franz Lohse eds. 1936: Bevölkerungsfragen. Bericht des Internationalen Kongresses für Bevölkerungswissenschaft Berlin 1935, München [Reprint Nendeln 1969].
- Heberle, Rudolf u. Fritz Meyer 1937: Die Großstädte im Strome der Binnenwanderung: Wirtschafts- und bevölkerungswissenschaftliche Untersuchungen über Wanderungen und Mobilität in deutschen Städten. Leipzig.
- Höhn, Charlotte 1989: Grundsatzfragen in der Entstehungsgeschichte der Internationalen Union für Bevölkerungswissenschaft (IUSSP/IUSIPP). In: Mackensen, Rainer; Thill-Thouet, Lydia; Stark, Ulrich eds.: Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungstheorie in Geschichte und Gegenwart, Frankfurt/M.: Campus, 233-254.
- IUSSP ed. 1985: The IUSSP in History. From Margret Sanger to Mercedes Conception. Liège: IUSSP.
- Kuczynski, Jürgen 1957: René Kuczynski – Ein fortschrittlicher Wissenschaftler in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Berlin: Aufbau.
- Lösch, August 1932: Was ist vom Geburtenrückgang zu halten? Heidenheim: "Im eigenen Verlag"
- Lösch, Niels, C. 1997: Rasse als Konstrukt – Leben und Werk Euge Fischers. Frankfurt am Main.
- Mackenroth, Gerhard (1903-1955) 1953: Bevölkerungslehre. Berlin: Springer
- Mackensen, Rainer, Lydia Thill-Thouet u. Ulrich Stark, eds. 1989: Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungstheorie in Geschichte und Gegenwart. Deutsche Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft, 21. Arbeitstagung. Frankfurt New York.
- Mackensen, Rainer ed. 1998: Bevölkerungsfragen auf Abwegen der Wissenschaften – Dokumentation des 1. Colloquiums zur Geschichte der Bevölkerungswissenschaften in Deutschland im 20. Jahrhundert, 23. Juli bis 25. Juli 1997, in der Werner-Reimer-Stiftung, Bad Homburg, Opladen: Leske u. Budrich.
- Mackensen, Rainer 2000: Vergangenheit und Zukunft der Demographie als Wissenschaft; in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 25, Heft 3/2000 (im Druck).
- MacKenzie, Donald A. 1981: Statistics in Britain 1865-1930 – The Social Construction of Scientific Knowledge, Edinburgh U.P.
- Michel, Harald u. Ralph-Jürgen Lischke 2000: Biographisches Lexikon zur Geschichte der Demographie, Berlin: IFAD (Edition: Historische Reihe IV) – vorläufige Ausgabe.
- Mombert, Paul 1929: Bevölkerungslehre, Grundriß zum Studium der Nationalökonomie, ed. K. Diehl und P. Mombert, Band 15, Jena; im Grundriß d. Sozialw. II/1; Jena, 21932.
- Schwartz, Michael 2000: Die Erlösung der Gesunden. Gesellschaftliche Vorbedingungen der "Vernichtung lebensunwerten Lebens" in Deutschland. In: FAZ vom 24.7.00, # 169
- Sperber, Manès 1999: Die vergebliche Warnung; Frankfurt/M.: Fischer Taschenbuch.
- Stresemann, Wolfgang: Mein Vater Gustav Stresemann.
- Stresemann, Wolfgang 1987: Wie konnte es geschehen? Hitlers Aufstieg in der Erinnerung eines Zeitzeugen. Berlin: Ullstein.
- Thieme, Frank 2000: Rezension von Mackensen ed.: Bevölkerungsfragen ... 1998; und vom Brocke: Bevölkerungswissenschaft ... 1998, im ARGUMENT 234/2000, 123f.
- Ungern-Sternberg, Roderich v. u. Hermann Schubnell 1950: Grundriß der Bevölkerungswissenschaft (Demographie), Stuttgart: Piscator.
- Wagemann, Ernst 1948: Menschenzahl und Völkerschicksal. Eine Lehre von den optimalen Dimensionen gesellschaftlicher Gebilde. Mit "Bibliographie zur Bevölkerungslehre", Hamburg: Krüger.

Bevölkerungsfragen waren im 19. Jh. Ge- hatte ein düsteres Bild der wirtschaftlich- pessimistische Sicht, die freilich bis zur auch Gegner unter den Ökonomen fand. Malthusschen Thesen verstummte, als die stätigte Überbevölkerungstendenz mit dem Jahrhundertwende von der Tendenz zur wa zur gleichen Zeit ließ auch das Interesse der Ökonomie an diesen Fragen merklich nach, und Biologie und Medizin nahmen sich der Demographie an. Drei Entwicklungen sind in diesem Zusammenhang von Bedeutung: neben der ökonomisch-statistischen Interpretation des Bevölkerungsvorgangs (durch Malthus, seine Befürworter und Gegner) vor allem die biologische Interpretation des Bevölkerungsvorgangs (durch Eugenik, Sozialdarwinismus und Medizin); und schließlich die von den Demographen weitgehend übersehene »sozialpolitische« (sozialreformerische) Interpretation des Bevölkerungsvorgangs (etwa im Neomalthusianismus), die sich nicht an der Gesellschaft (oder Wirtschaft) im Ganzen und auch nicht an der ganzen menschlichen »Rasse« orientierte, die dagegen das individuelle Wohlergehen in den Vordergrund ihrer Betrachtungen stellte. Für die biologischen Wissenschaften war das 19. Jh. eine Hochzeit der Entwicklung, während es für die klassische Nationalökonomie eher eine Periode der theoretischen Stagnation gewesen ist. Der Neomalthusianismus dagegen entwickelte sich zur Geburtenkontrollbewegung und nahm bereitwillig The- sen und Gedanken ökonomischer (»Verminderung der Kosten für geistig und körperlich Minderwertige«) und biologischer (»Höherzüchtung des Menschengeschlechts«) Argumentation auf.

Demographie zwischen Ökonomie und Biologie Die Entwicklung der Bevölkerungswis- senschaft in Deutschland zwischen 1900 und 1930

Zwischen diesen drei Polen, der ökonomischen, der biologischen und der sozialreformerischen Interpretation, nahm die Demographie seit der Jahrhundertwende eine wechselvolle Entwicklung: Im Rahmen der Nationalökonomie wurde weiter (und abschlie- ßend) über Malthus diskutiert, theoretisch blieben in dieser Disziplin offenbar nur die Verhältnisse des Arbeitsmarktes von Interesse. Die neomalthusianische Bewegung – in antinatalistischem Geruch stehend – wirkte tatkräftig dabei mit, der Demographie Ge- wicht und Ansehen als eigenständige Wissenschaft zu geben. Die Biologie machte demographisch vor allem in der Eugenik/ Rassenhygiene und im Sozialdarwinismus von sich reden. Und im Zusammenwirken von Ökonomie und Biologie (beide – wie üb- rigens auch die vorstochastische mathematische Statistik – in naturgesetzlichen Vorstellungen verwurzelt) entstanden dann aus Theoremen von (ökonomischer) Einsparung, (genetisch-biologischer) Züchtung und (rassenbiologischen) Unterschieden »Bevölkerungs«politiken der Verfolgung und Vernichtung.

genstand der »Nationalökonomie«. Malthus demographischen Zukunft entworfen, eine Jahrhundertwende viele Befürworter, aber Die (wissenschaftliche) Diskussion der bis dahin auch empirisch weitgehend be- einsetzenden Geburtenrückgang um die Bevölkerungsabnahme abgelöst wurde. Et-

Peter Marschalck, Universität Osnabrück

Bis zum Kriegausbruch 1914 gab es vor dem Hintergrund ei- nes insgesamt saturierten und ökonomisch wie militärisch ge- wichtigen Deutschen Reiches trotz eines zunächst geringen Geburtenrückgangs keine pronatalen bevölkerungspoliti- schen Zielsetzungen auf staatlicher Ebe- ne. Vorherrschend war ein pluralisti- sches Nebeneinander von wissenschaftli- chen wie bevölkerungspolitischen Konzepten und Denkmodel- len auf überwiegend akademischer Ebene. Welche Richtung sich in Zukunft durchsetzen würde, erschien zu diesem Zeit- punkt noch offen.

Die Bewertung des Geburtenrückganges zur Zeit der Weimarer Republik

Die zunehmend rückläufige Bevölkerungsentwicklung zur Zeit der Weimarer Republik war im Vergleich zu heute hervorran- gend, es gab immer noch einen Geburtenüberschuss. Die Be- wertung der rückläufigen Geburtenentwicklung in Deutschland und eventueller bevölkerungspolitischer Einflussmöglichkeiten zeigte sich jedoch in zunehmendem Maße abhängig vom gesell- schaftspolitischen Umfeld, dem "Zeitgeist" bzw. dem vorherr- schenden Wertesystem.

Das Trauma des als vernichtend empfundenen Versailler Ver- trages kann als Zäsur für das hier besprochene Thema in seinen Auswirkungen kaum überschätzt werden. Wie ein roter Faden zieht sich die Angst vor dem endgültigen demographischen und damit, wie man glaubte, auch militärischen, wirtschaftlichen und nationalen Niedergang durch die entsprechende Literatur. Demographische Aufklärung und staatliche bevölkerungspoliti- sche Einflussnahme erschienen als einzige der wenigen noch verbliebenen Einflussmöglichkeiten die Folgen der Niederlage zu begrenzen und die Option eines Wiederaufstiegs offen zu halten.

Hinzu kam, dass der krisengeschüttelte Staat, dessen Familien- und Sozialpolitik kritisch oder gar nicht wahrgenommen wurde, aufgrund fehlender Mittel, Ambitionen und Programme trotz festgeschriebener Verfassungsgrundsätze ein bevölkerungspoliti- sches Vakuum hinterließ, das von jedem, der sich dazu beru- fen fühlte, zumindest in Wort und Schrift auch ausgefüllt wer- den konnte.

Dies galt nicht nur für das konservative Lager sondern im we- sentlichen quer durch alle politischen Richtungen. Friedrich Burgdörfer als führender Bevölkerungs- statistiker und Bevölkerungswissen- schaftler ist hier ein typischer Vertreter. Selbst Paul Mombert, dessen "Bevölkerungslehre" für Jahrzehnte das Standardwerk in Deutschland blieb, warnte vor einer fehlenden eigenen Bevölkerungszunahme im Gegensatz zum Wachstum benachbarter Völker und der Gefahr einer Einwanderung aufgrund fehlender Arbeitskräfte.

Organisationen zur Geburtenregelung, wie der Bund für Mut- terschutz und die "Gesellschaft für Sexualreform", vor allem jedoch der "Reichsbund der Kinderreichen Deutschlands zum Schutze der Familie e.V.", versuchten als Anwälte ihrer Klien- tel, Selbsthilfe zu organisieren, aufklärend zu wirken, Mißstän- de öffentlich zu machen, entsprechend auf die Politik einzuwir- ken und damit das vom Staat hinterlassene Vakuum auszufül- len.

Erst vor diesem zeitgeschichtlichen Hintergrund und der nega- tiven Geburtenentwicklung erreichten die über die Rassenhy- gieniker und Burgdörfer bis ins III. Reich führenden Interpreta- tionsmodelle schon vor 1933 eine mehrheitsfähige Position in der jetzt lautstarken Auseinandersetzung in Öffentlichkeit und Wissenschaft.

Die Geburtenentwicklung wurde zum Barometer jeglicher Zu- kunftsfähigkeit. Ein starker Negativtrend bedrohte in den Au- gen der Zeitgenossen die Existenzgrundlagen von Volk und Staat.

Staatliches Handeln beinhaltet grundsätzlich bevölkerungspoliti- sche Auswirkungen, unabhängig davon, ob der Staat sie in Form spezieller Maßnahmen realisiert oder vorgibt, auf eine solche zu verzichten. Die Weimarer Republik ist dafür ein gutes Beispiel. Auch ihre fehlende pronatale Bevölkerungspolitik hat einen deutlichen Beitrag zur überwiegenden Akzeptanz der ent- sprechenden NS-Bevölkerungspolitik bzw. zur Durchsetzung der ihr zugrundeliegenden Wissenschaftstradition geleistet.

Bernhard Matz, IfAD Berlin

Mit dem Paradigmenwechsel von der Übervölkerung zum Geburtenrückgang kennzeichnete in den ersten drei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts die Bevölkerungswissenschaft Pluralität in Theorie und demographischer Empirie. Diese suchte man "um 1930" durch die Herausbildung einer trans- bzw. interdisziplinären und (multi-)fachdisziplinären Verankerung zu überwinden. Zur selben Zeit gab es Versuche, die Vielfalt der Geburtenrückgangstheorien zu systematisieren (1). In beiden 'Projekten' setzte man sich auch mit der aus der Nationalökonomie kommenden Theorien der 'Rationalisierung des Sexuallebens' (2) – auch Gesinnungstheorie genannt – von Julius Wolf auseinander.

Der Volkswirtschaftler Wolf wirkte als akademischer Lehrer in Zürich, Breslau und an der Technischen Hochschule zu Charlottenburg, Berlin. Er, Doktorvater Rosa Luxemburgs, war zeitweilig Anti(katheder)sozialist, -marxist und -darwinist. Als nationalökonomischer Theoretiker beschäftigte er sich auch mit der Sozialen und Bevölkerungsfrage. Er suchte hierbei gegen (katheder-)sozialistische und marxistische Positionen in der Nationalökonomie eine dritte Richtung, den "ethischen Individualismus", zu verankern. Mit diesem Versuch, vorgelegt in dem Buch "System der Sozialpolitik – Sozialistische und kapitalistische Gesellschaftsordnung" (1892), positionierte er sich zunächst als Malthusianer. Sein Buch fand Aufmerksamkeit: In der bürgerlichen Presse wurde es als 'unwiderlegliche Widerlegung von Marx' gefeiert (3). In den Reihen seiner Fachkollegen hingegen fand es harsche Kritik: Gustav Schmoller verwehrte ihm mit den Worten "wer Apostel sein will, muss leiden" seine Unterstützung (4); Friedrich Engels befand: "*Wo es Gelegenheit gibt, sich bei einer schwierigen Sache zu blamieren, da fehlt Herr Professor Julius Wolf in Zürich nie ...*" (5).

Fast zehn Jahre später trat Wolf in die Geburtenrückgangsdiskussion ein: Gegen Franz Oppenheimers Fortschrittsoptimismus präsentierte er sich als "Ein neuer Gegner des Malthus" (6) mit einem modifizierten Malthusischen Gesetz. Auf der Suche nach einer klaren Fassung des Bevölkerungsgesetz stellte er 1908 eine Theorie des Bevölkerungsoptimums vor und 1912 die "Rationalisierung des Sexuallebens" (7). Mit dieser Geburtenrückgangstheorie beanspruchte er, dem Bevölkerungsgesetz Malthus' eine andere Fassung gegeben zu haben. In der Weiterentwicklung seiner Theorie löste Wolf die Bevölkerungslehre aus der Ökonomie und integrierte sie in eine kulturwissenschaftlich verankerte Sexualwissenschaft (8).

Bezeichnet seine Rationalisierungsthese den Bruch mit der Tradition überhaupt, so war es für ihn konsequent, die Bevölkerungsfrage aus der 'asexuellen' Ökonomie zu lösen. Denn jede Bevölkerungslehre, die ohne Kenntnis der *libido sexualis* Aussagen über Bevölkerungsprozesse macht, sei nichts wert (9). Wolf wurde mit seiner These vom (irreversiblen) Wandel der Werte und Traditionen in der westlichen Welt zu einem "Grenzgänger": Sexual-, Bevölkerungswissenschaftler und -politiker. Mit letzter Positionierung ergänzte er seinen Anspruch, dass der Geburtenrückgang eine rein theoretische Erscheinung zu sein habe, durch die Politik. Bevölkerungspolitik trat er für die Umsetzung einer Geburtenpolitik als Sozialpolitik unter menschenökonomischen Aspekten ein, die die Straffreiheit der Abtreibung einschloß. Auf internationaler Ebene sollte die Gefahr des "demographischen Bedeutungsverlustes" der westlichen Welt durch den Völkerbund zu bannen sein. Er sollte die Verpflichtung jeder Nation zur Einschränkung der Geburtenrate festschreiben und damit Anerkennung finden, "*dass ein Wachstum der Bevölkerung weder die Forde-*

Anmerkungen zum Geburtenrückgangstheoretiker Julius Wolf (1862-1937)

rung nach Gebietsvergrößerung, noch die Ausübung eines Zwanges auf andere Nationen, ihre Auswanderer aufzunehmen, rechtfertigt." (10)

Quellenangabe

- 1 Freudenberg, K. (1931): Betrachtungen des Geburtenrückgangs. In: Ergebnisse der gesamten Medizin. 16. Bd., S. 47-86; 325-368. Wagenführ, H. (1933): Klassifikation der Theorien über die Ursachen des Geburtenrückgangs. In: Gini, C. (Hg.) (1933): Verhandlungen des internationalen Kongresses für Bevölkerungswissenschaft. Bd. VIII, S. 425-456.
- 2 Siehe Cromm, J. (1991): Theorienbildung zwischen Natur und Kultur. Lujo Brentano und Julius Wolf – malthuskritische Varianten nationalökonomischer Deutungen sozialen und demographischen Wandels. In: Khalatbari, P. (Hg.) (1991): Thomas Robert Malthus im Widerstreit der Wissenschaften. Berlin, S. 130-143. Ders. (1998): Familienbildung in Deutschland. Soziodemographische Prozesse, Theorie, Recht und Politik unter besonderer Berücksichtigung der DDR. Opladen Wiesbaden.
- 3 Michels, R. (1970): Die Verelendungstheorie. Hildesheim, New York; S. 240.
- 4 Wolf, J. (1929): Julius Wolf. In: Meiner, F. (Hg.): Die Volkswirtschaftslehre der Gegenwart in Selbstdarstellungen. Leipzig, S.1-39. Vgl. Sombart, W. (1892): Rezension. In: Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik, 5. Band, S. 487-498.
- 5 Engels, Friedrich (1973): Vorwort. In: Marx, K. (1894): Das Kapital, Dritter Band. Berlin; hier S. 21.
- 6 Wolf, J. (1901): Ein neuer Gegner Malthus'. In: Zeitschrift für Sozialwissenschaft, IV. Jg., S. 256-289.
- 7 Wolf, J. (1908): Nationalökonomie als exakte Wissenschaft. Leipzig; ders. (1912): Die Volkswirtschaft der Gegenwart und Zukunft. Leipzig.
- 8 Wolf, J. (1915): Sexualwissenschaft als Kulturwissenschaft. In: Archiv für Sexual-Probleme, Heft 1, S. 1-10.
- 9 Wolf, J. (1929): a.a.O.
- 10 Wolf, J. (1931): Bevölkerungsfrage. In: Vierkandt, A.(Hg.) (1931): HWBS. Stuttgart, S. 52-66; hier S. 65.

*Ursula Ferdinand
Magnus Hirschfeld Gesellschaft, Berlin*

Nutzen Sie unsere Homepage: WWW.DEMOGRAPHIE-ONLINE.DE oder unsere eMail-Adresse JPSuessmilchG@gmx.de, um sich oder uns zu informieren * Nutzen Sie unsere Homepage: WWW.DEMOGRAPHIE-ONLINE.DE oder unsere eMail-Adresse JPSuessmilchG@gmx.de, um sich oder uns zu informieren * Nutzen Sie unsere Homepage:

Die Universität Leipzig, seit Mitte des 19. Jahrhunderts ein Zentrum der neuen Fachdisziplin Statistik, gilt gleichzeitig auch als eines der wichtigsten Gründungszentren der modernen Bevölkerungswissenschaft. Die inten-

sive Zusammenarbeit des Physikers und Philosophen Gustav Theodor Fechner mit dem Statistiker Moritz Wilhelm Drobisch und dem Physiologen Ernst Heinrich Weber leitete in Deutschland die "probabilistische Revolution" im wissenschaftlichen Denken ein, die nicht nur die Begründung der modernen Psychologie, sondern auch eine wissenschaftlich fundierte Sozialwissenschaft, Bevölkerungslehre und Sozialgeschichte in Leipzig mit sich brachte. Die interdisziplinäre Zusammenarbeit setzte sich auch in der nächsten Gelehrten generation in Leipzig fort, unter intensiver Rezeption des französischen Positivismus und des amerikanischen Pragmatismus. Der Wunschnachfolger Fechners, Wilhelm Wundt, arbeitete seit den siebziger Jahren zusammen mit dem Historiker Karl Lamprecht, dem Nationalökonom Karl Bücher, dem Geographen Friedrich Ratzel und dem Chemiker und Philosophen Wilhelm Oswald, an einer umfassenden Sozialtheorie, in der die Bevölkerungslehre nicht als Spezialwissenschaft, sondern als Synthese natur- und geisteswissenschaftlicher Erkenntnis, als Kulturwissenschaft, eine wichtige Rolle spielte. Die Bevölkerungslehre sollte die Verwissenschaftlichung der normativen juristischen Staatslehre mittels der modernen Statistik einleiten (Karl Bücher), die politische Helden- und Staatengeschichte durch eine empirisch vorgehende Geschichte der kleineren Gemeinschaften, der Sozial- und Kulturgeschichte, korrigieren (Karl Lamprecht, Wilhelm Wundt und Karl Bücher), sowie unzulängliche evolutionäre Fortschrittstheorien und mechanische Marktmodelle mit komplexen Modellen der Diffusion und Migration ergänzen (Friedrich Ratzel). So verstand z.B. Wundt die Bevölkerungsentwicklung als kreative Adaption an jeweils neue Gesamtsitua-

**Bevölkerungswissenschaft
als Kulturwissenschaft**
**Die Bedeutung der "Leipziger Schule" für
die Bevölkerungswissenschaft vor 1933.**

tionen; für das Volk gilt, wie für alle Kultur gebilde, das Prinzip der Aktualität – es ist weder ein besonderes Wesen, noch ein fest begrenztes Gebiet von Lebensäußerungen, sondern alleine das, was es im wirklichen Leben bedeutet und leistet – so muss die Psy-

chologie und Kulturanthropologie mit einer alle aktuellen Erscheinungen und Veränderungen (statistisch) verfolgenden Bevölkerungslehre vervollständigt werden. Friedrich Ratzel versuchte gleichfalls, die vorherrschende Annahme eines selbstläufigen Evolutionismus mittels der Geographie zu korrigieren. Bevölkerungswissenschaftliche Analysen, der Reproduktion, Migration etc., erreichen für Ratzel wissenschaftliche Überprüfbarkeit erst durch die Synthese mit einer naturwissenschaftlichen Betrachtungsweise, wie der physikalischen Geographie oder der Psychologie. Eine Bevölkerungswissenschaft, die sich alleine auf die politische Geschichte der Staaten stützt, ist rein deduktiv, damit spekulativ, kann also nicht empirisch überprüft werden; sie muss deshalb sowohl auf ein naturwissenschaftliches als auch auf ein historisches Fundament gestellt werden. Dieser wissenschaftliche Monismus, die Einheit von Natur- und Geisteswissenschaften, damit verbunden ein eklektischer Methodenpluralismus und die empirisch-wissenschaftliche Begründung auch von Wertentscheidungen, verbanden diese Generation der "Leipziger Schule". Es war ein Gegenentwurf zum im wilhelminischen Deutschland vorherrschenden Neukantianismus, aus dessen Reihen die Leipziger vehement bekämpft wurden. Trotzdem wurde dieser Leipziger Theorieansatz in den Leipziger Sozial- und Bevölkerungswissenschaften nach dem 1. Weltkrieg weitergeführt, u.a. durch Hans Freyer, Gunther Ipsen, Hans Driesch, Joachim Wach, Arnold Gehlen, und hatte nach 1933 noch im Umkreis von Gehlen und Ipsen in Königsberg und Wien, u.a. in den frühen Arbeiten von Werner Conze und Otto Brunner, seine letzten Ausläufer.

Elfriede Üner, München

Der moderne Sozialstaat steht vor der Schwierigkeit, dass die ökonomischen Ressourcen begrenzt sind und eine gerechte Verteilung der Mittel mithin schwierig ist. Dieses Problem geht auf die Frage nach dem ökonomischen Wert des Individuums für die Gesellschaft zurück. Ähnliches macht sich in der derzeitigen Diskussion über die Gefahr einer "Genetisierung der Gesellschaft" deutlich und begleitet auch aktuelle Überlegungen zur Größe und Zusammensetzung der Bevölkerung sowohl der geburtschwachen Industrieländer als auch der noch im Bevölkerungswachstum befindlichen Entwicklungsländer. Die Frage nach dem Wert des Menschen scheint zentralen Aspekten der Bevölkerungswissenschaften immanent zu sein. Und dies gilt nicht nur für die Gegenwart, sondern in noch stärkerem Ausmaß für die Vergangenheit. In Deutschland wurden seit der Zeit des Absolutismus Berechnungen über den "Wert des Menschen" angestellt. "Bevölkerung" wurde zu einem wichtigen Bestandteil volkswirtschaftlicher Deutungen und Planungen. Insbesondere die Durchsetzung des Historismus in der deutschen Wirtschaftstheorie sorgte für einen qualitativen Umschwung in der Debatte. An die Stelle allgemeingültiger Gesetze der Volkswirtschaft setzten Vertreter der historischen und vor allem der neueren historischen Schule der Nationalökonomie die empirisch-historische Forschung spezifisch nationaler Begebenheiten, wobei die Frage nach dem Wert des Menschen implizit oder gar explizit in allen Werken thematisiert wurde. Eine besondere Dynamik erhielt die Debatte während der Hochindustrialisierungsphase, da stetig "gesunde" Arbeitskräfte benötigt wurden und gleichzeitig ein Paradigmenwechsel innerhalb der Bevölkerungswissenschaften stattfand. Zwar prägten Nationalökonomie

**Der "Wert des Menschen"
in den
Bevölkerungswissenschaften**

und Staatswissenschaften bis zum Ende der Weimarer Republik die Diskussion über bevölkerungspolitische Fragen, doch griffen insbesondere Medizin und Biologie volkswirtschaftliche Überlegungen auf und erarbeiteten sich zunehmend die Deutungsmacht in Bevölkerungsfragen. Nach dem Ersten Weltkrieg erlebte die Frage nach dem Wert des Menschen eine Radikalisierung, die immer stärker die qualitativ unterschiedlichen Wertigkeiten von Menschen betonte. Sozialhygieniker versuchten durch ein in Weimar etabliertes Netz umfangreicher kommunaler und staatlicher Fürsorgemaßnahmen gerade jenen Gruppen Hilfe zukommen zu lassen, deren Menschenwert von radikaleren Gesundheitswissenschaften in Frage gestellt wurde. Hierbei war es der Sozialhygiene immanent, zwar gruppenspezifische Fürsorgeleistungen anzubieten, jedoch das Individuum nicht aus dem Blick zu verlieren, während sich auch die rassienhygienische Bewegung der Bevölkerungsfragen annahm und den "Wert des Menschen" auf einer neuen Grundlage diskutierte: Nicht mehr das Individuum an sich oder sein Beitrag zum Gemeinwesen standen im Mittelpunkt, sondern die "Volksgemeinschaft" und die "rassische" Wertigkeit. Vor diesem Hintergrund entwickelten sich exkludierende bevölkerungspolitische Konzepte, die den Weg dafür ebneten, dass schließlich während der NS-Diktatur der Wert des Menschen ausschließlich nach erbbiologischen und rassischen Kriterien begutachtet wurde und schließlich diejenigen aus der propagierten "Volksgemeinschaft" ausgeschlossen und zum Teil ermordet wurden, die nicht den spezifisch nationalsozialistischen Vorstellungen des "Menschenwertes" entsprachen.

Jörg Vögele / Wolfgang Woelk, Universität Düsseldorf

In the third edition of his textbook on 'the statistical method' for economy students of 1938 Dr. J.H. van Zanten, a lecturer of statistics at the University of Amsterdam and one of the leading Dutch statisticians of the inter war period, inserted a chapter "On the future size and composition of the population". It was for the very first time that Dutch students were by means of a textbook confronted with

Understanding the future course of population
Population forecasting methodology and the
'Kuczynski rate' in the inter war period (1)

Whereas, in a general sense, the (...) net reproduction rate gives insight in the issue of whether a population will decrease after a lifetime, if natality and mortality remain unchanged and if it is further assumed that migration will not be of influence, one is presently not longer satisfied with this, but desires to get an idea of the future size of the population itself."

(J.H. van Zanten, *Leerboek der statistische methode*. Alphen aan de Rijn, 1938: 154)

the issue of population forecasting. This is an interesting fact in itself. Van Zanten was a representative of a statistical school that opposed the idea that statisticians and statistical offices should be involved in population forecasting. In contrary to the current international statistical practice in the 1930s, that of Germany and Italy in particular, the view of leading Dutch statisticians was that population forecasting does not belong to the domain of statistics. The speculative nature of forecasts could endanger societal faith in the reliability of the main product of statistical offices: statistical data. It is one of the reasons why the inter war innovation of forecasting methodology passed by the national and municipal statistical offices in the Netherlands and was left to private persons interested in the issue of future population growth (the population issue) and to urban and regional planners.

The Net Reproduction Rate (NRR), (re)introduced by Richard R. Kuczynski in 1928 offered a solution to Van Zanten's dilemma of giving way to societal pressure to give his expert's opinion about the most likely future course of population, while sticking to the statistical facts at the same time. In his view the predictive power of NRR had made all demographic forecasting activities by fellow statisticians and statistical offices superfluous: NRR gave a good indication of where the development of the population was heading for.

The quotation given above is one out of many examples of the inter war influence of Kuczynski's 1928 book on the balance of births and deaths in. But in how far has the inter war innovation of population forecasting methodology been influenced by the introduction of 'Kuczynski's rate'? For it is in that same period that the forecasting model, presently known as the 'Cohort Component Projection Model' (CCPM), was developed; a model that is based on the understanding of the interaction of age/sex structure and age/sex specific rates of the components of population growth (mortality, fertility and migration). Even now, at the beginning of the 21st century, the model is still widely used. Had Kuczynski's book on the balance of births and deaths and the introduction of NRR something to do with the dominant place of CCPM in national and - in the Netherlands - even regional, population forecasting at the end of that period?

The Session of the International Statistical Institute at Tokyo, 1930, was the first major international conference after the publication of Kuczynski's book, where the issue of the consequence of the observed birth and death rates for the development of the population, was discussed by the international statistical community. Surprisingly, in none of the presented papers, discussing the future growth of population, explicit references to the work of Kuczynski were made, and in only one a net reproduction rate was used, although there is a reference to a 1925 study of Dublin and Lotka on 'the true rate of natural increase', a rate that is closely related to NRR. It is unlikely that the authors of the papers, all statisticians of high repute,

were not familiar with Kuczynski's work. It is highly probable that Kuczynski had alerted students of the future course of population to be aware that the truth of population growth is concealed by the age composition effect on the rate of population growth.

The same holds for the Dutch town planners of the 1930s who were responsible for the most innovative urban

population forecasts - that of Amsterdam of 1932 and Rotterdam of 1934 - of that period, even from an international perspective. These men made neither implicit nor explicit references to literature on Kuczynski's rate or Dublin and Lotka's true rate of natural increase. Their main source of inspiration was Wiebols' forecast of the future size of the population of the Netherlands of 1925. Wiebols had been the first to advocate the use of age-specific fertility rates in stead of the crude birth rate or the general fertility rate in population forecasting methodology in the Netherlands. For that reason he referred to earlier studies of the Berlin statisticians Rahts and Böckh, who had introduced the notion of (net) replacement long before Kuczynski. There is only one reference to Kuczynski's work in P. Bakker Schut's interesting book on the future course of population in the Netherlands and The Hague (of 1933). The book was written because of the changed conditions of the movement of population. Insight in these changed conditions had, among others, been instigated by the reading of Kuczynski's work.

The conclusion, therefore, must be that there was no direct link between the further innovation of population forecasting methodology (CCPM methodology) in the 1930s and the emergence of Kuczynski's rate. However, it is highly probably that Kuczynski's work accentuated again the significance of a good understanding of population dynamics, and of the interaction of age structure and age-specific fertility and mortality rates in particular. The impact of Kuczynski's rate may also have been instrumental in deciding the debate on the respective merits of the logistic and the demographic approaches in the 1920s (which is not discussed in this abstract) in favour of the CCPM approach.

Wiebols started from an age/sex structure and used constant cohort survival and general fertility rates. He advocated the use of age specific fertility rates, but could not use these rates himself because they were not available. He even developed a - theoretical - scheme of How to make a urban population forecasts wherein marital state and migration were accounted for?

However, for the purpose of this lecture, not his forecasting methodology but his use of life table population theory (stationary or stable population theory) is the most interesting part of Wiebols' study. For he was interested in finding an answer to the question

"How should the fertility conditions change in order to attain a population that is stable in numbers after a life time, under the assumption of constant mortality conditions and if migration can be neglected?" (2)

Wiebols showed that an answer could be found by starting from the age structure of a life table population and age specific fertility rates observed in a real population, referring to studies by Rahts and Böckh. In his article on the 'Bewegung der Bevölk-

(Fortsetzung von Seite 7)

erung im Jahre 1910' (3), Rahts had calculated that in the period 1901 – 1910 48,68 % more children had been born in the German 'Reich' than necessary for mere replacement, whereas- as early as 1894 - Böckh had calculated that the fertility of married women in Berlin had been insufficient for keeping the size of the Berlin population at a constant level in the long run (4). Wiebols referred to the studies of Rahts and Böckh because he wanted to demonstrate to a Dutch public, and to Dutch statistical offices in particular, the necessity of working with age-specific fertility, rather than with crude birth rates or even general fertility rates, in population forecasting. (5) Although he was not able to calculate the level of replacement of the Dutch population himself, he was - as far as I know - the first to relate practical cohort component forecasting methodology and net reproduction.

CHALLENGED. The cohort component approach for calculating the future size of national populations had found general application in many European countries in the second part of the 1920s. However, its general introduction was not unchallenged. The challenge came from biology and from mathematical statistics, which originated in biometrics. The American biologists Pearl and Reed had (re)discovered the mathematical equation of so called logistic population growth. The resulting logistic curve fitted the observed time series of past population growth of many countries so well, that the logistic approach for the calculation of the future size of national populations took on the guise of a scientific law. The logistic approach was advocated by biologists and mathematical statisticians of high scientific stature. At the Annual Meeting of the *Royal Statistical Society* of London in 1924 (where the English profession of statisticians gathered) and at the first *World Population Conference* of Geneva in 1927 (where students of population coming from a great variety of disciplines met) the advocates of the logistic approach got almost all the support, while those advocating the merits of the cohort component approach got hardly any footing in debates on the best methodology of forecasting the future size of population.

The period of general acceptance and the problem of migration: The 1930s

The third period is the period of the 1930s. This is the period wherein CCPM (the cohort component forecasting approach)

became the new standard methodology for all those who wanted to make serious work of population forecasting. The respective merits of the demographic and the logistic approach was no longer an issue. This becomes clear, for instance, from the Session of the *International Statistical Institute* (ISI) of Tokyo (1930) where the issue of the consequences of the continuous decrease of the birth rate stood central. Here the results of forecasts of several nations - Italy, Ukraine, Denmark and the United States - were presented, all based on the demographic approach.

In the Netherlands town planners like Van Lohuizen and Delfgaauw in Amsterdam and Angenot in Rotterdam demonstrated that CCPM methodology could be applied on migration, which allowed for the application of CCPM methodology on urban and regional population. In the field of applied forecasting in urban and regional planning, the issue became assumption making with respect to in and out migration from now on and a new debate resulted: between demographic forecasting and economic forecasting.

*Henk A. de Gans,
Universiteit Amsterdam*

- (1) Amsterdam study centre for the Metropolitan Environment (AME), Faculty of Social and Behavioural Sciences, University of Amsterdam. E-mail: H.A.Gans@frw.uva.nl. This text is an abstract from a *Referat* read at the *Arbeitsstagung der Deutsche Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft und die Johann Peter Süssmilch- Gesellschaft für Demographie on 'Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik'* Berlin, 1-2 December 2000.
- (2) "*Hoe meten de vruchtbaarheidsverhoudingen veranderen, om, als de migratie te verweaa4rlozen blijft, bij constant blijvende sterfteverhoudingen, na een menschenleeftijd een in aantal stabiele bevolking te bereiken*" (Wiebols, 1925: 24)
- (3) *Statistik des Deutschen Reichs*, Bd. 246: 18-19
- (4) R. Böckh, *Statistische Jahrbuch der Stadt Berlin*. 1884: 30-31.
- (5) De Gans (1999:65) is mistaken in stating that Wiebols was the first to calculate to what degree the Dutch population was reproducing itself. He merely demonstrated how it could be done and what statistical data had to be available in order to do so.

Official Statistics, Demography and Population Policy in Germany, 1872-1933

Despite the central importance of official statistics for both demographic research and population policy, very little research has been undertaken on the relationship between the work of the statistical offices, the development of demographic analysis and the configuration of state policy in modern German history.

The paper focuses on three specific issues. Firstly, the legacy of a federal state framework, specifically in terms of the changing balance of responsibilities between the Imperial Statistical Office and the state statistical offices. The constitutional context in which the statistical offices operated had a direct bearing on the range and quality of the demographic data that they were able to generate. The state statistical offices had different operational structures with significant variations in resourcing which affected in turn both staffing levels and their ability to adopt new technology (in particular electric sorting machines). The federal state framework facilitated the continuation of essentially local practices in individual statistical offices, while the continued absence of uniformity in recording statistical material (including causes of death) delayed the implementation of a

uniform approach to the collation, analysis and publication of demographic data. War-time dislocation (1914-1918) and financial stringency during the 1920s and the Great Depression had a disastrous impact on the overall quality of demographic data.

Secondly, the paper explores the role of official statisticians in the development of population science before 1933. Despite the problems posed by fiscal retrenchment and the expansion in administrative tasks, official statisticians operated within a well-established professional network which enabled them to maintain regular contact with other statisticians as well as with practitioners from other related disciplines, such as biology and eugenics, which increasingly exercised an important influence on the development of German demography. It is generally accepted that Burgdörfer played an important role in the 1920s in focusing the attention of statisticians on issues relating to the family and fertility. But his proposals for including biological elements in population analysis simply reflected general agreement amongst official statisticians that the decline in fertility had major implications for family structure and population ageing, as well as for the long-term survival of the German race.

Finally, it is clear that official statisticians were often proactive in adopting the dominant agendas of this period and in accepting the importance of other disciplines, such as anthropology,

eugenics and biology, for prosecuting population research. Indeed, in contributing to contemporary debates on population policy official statisticians utilized established forms of statistical inquiry, whether in relation to the handicapped and the infirm or confessional identity and ethnic affiliation which ultimately served to reinforce the Nazi concept of the Volk and the contribution of demography to social-hygienic racism.

Robert Lee, Liverpool

Die "Österreichische Gesellschaft für Bevölkerungspolitik" (1917 – 1938) – eine Vereinigung mit sozialpolitischen Zielsetzungen in Wien

Die "Österreichische Gesellschaft für Bevölkerungspolitik" wurde noch in der Monarchie und während des Krieges gegründet. Die Gesellschaft lässt sich am besten durch ihre Zielsetzungen charakterisieren und in einen größeren Kontext einordnen. Ihre beiden Schwerpunkte waren die Sozialpolitik und die Bevölkerungspolitik. Fachleute, die beruflich in diesen Bereichen tätig waren, hielten auf den Tagungen Referate und nahmen an den Diskussionen teil. Die Themen der Vorträge reflektieren auch den Auf- und Ausbau des Gesundheits- und Sozialsystems in der damaligen Zeit vor allem im "Roten Wien". Daher kann die Vereinigung auch in diesem Kontext als ein Diskussionsforum – unter mehreren anderen - betrachtet werden, in dem die gesundheits- und sozialpolitischen Maßnahmen des "Roten Wien" besprochen wurden.

Von der parteipolitischen Ausrichtung her kann die Vereinigung aber nicht dem sozialdemokratischen Lager zugeordnet werden. Es handelte sich um eine überparteiliche Einrichtung, in der – entsprechend ihrer Ausbildung – eher die bürgerlichen Kreise dominierten. Die überparteiliche Ausrichtung äußerte sich auch darin, dass parteipolitische Polemiken in den Diskussionen nicht vorkamen. Die Gesellschaft hatte keinen ausdrücklich elitären Charakter. Es handelte sich um ein eher offenes Forum, an dem jeder, der seriöse gesundheitspolitische Anliegen hatte und den hohen Standards entsprach, teilnehmen konnte. Das zeigt sich etwa auch daran, dass zahlreiche Fürsorgereinnen in den Diskussionen und vereinzelt auch Referaten zu Wort kamen und auch Landärzte und Landpfarrer Referate abhielten. Das Gros der Referate wurde allerdings von leitenden Kräften aus Wiener Spitälern und Ämtern abgehalten. Auch Prominenz aus Politik und Wissenschaft – wie der Minister a. D. Victor Mataja, Bundespräsident Michael Hainisch, der Gesundheitsstadtrat Julius Tandler u. a. – beteiligten sich an den Tagungen.

Der Zweck der Tagungen war, sich beruflich zu informieren, Mißstände aufzuzeigen, Reformen vorzuschlagen und über Erfolge und neue Methoden zu berichten. Hauptzielsetzung der Gesellschaft war es, angesichts der Tatsache des durch den Weltkrieg verschärften Geburtenrückganges und des schlechten Gesundheitszustandes der Bevölkerung – Syphilis und Tuberkulose waren damals "Volkskrankheiten" - alle (staatlichen) Maßnahmen zum Schutz von Säuglingen, Kindern und Jugendlichen zu ergreifen. Dem spärlich gewordenen Nachwuchs sollte so mit allen Mitteln zur Leistungsfähigkeit im späteren Erwerbsleben verholfen werden. Die vorgeschlagenen Maßnahmen betrafen vor allem Einrichtungen des Staates wie Jugendämter, Erziehungs- und Heilanstalten, Beratungsstellen und das damals neu geschaffene Fürsorgewesen. Die Gesellschaft wurde im Jahr 1938 durch die Machtübernahme des NS-Regimes aufgelöst.

*Gudrun Exner,
Österreichische Akademie der Wissenschaften Wien*

Wilhelm Winkler und die Deutschtumsstatistik 1918-1933.

**Deutschtumsstatistik als Instrument
zur Revision der Friedensverträge
von Versailles und St. Germain?**

Deutsche und österreichische Sozial- und Kulturwissenschaftler strebten nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg einen Paradigmenwechsel von der in der Vorkriegszeit dominierenden "etatistischen" zur "völklichen" Betrachtungsweise an. Das programmatische Leitziel des Instituts für Statistik der Minderheitsvölker von Wilhelm Winkler, das 1922 an der Universität Wien gegründet wurde, war die Staatsgrenzen überschreitende Erfassung und soziologische Beschreibung deutschsprachiger Minderheiten in Ostmittel- und Südosteuropa. Der 1884 in Prag geborene Winkler, ein Schüler des führenden deutschböhmisches Nationalitätenstatistikers Heinrich Rauchberg, stieg als Vorstand dieses Instituts in den zwanziger Jahren zum führenden Minderheitenstatistiker im deutschsprachigen Raum auf. Seine engen Verbindungen zur Deutschen Statistischen Gesellschaft und zur Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung in Leipzig ermöglichten es ihm, 1927 ein "Statistisches Handbuch des gesamten Deutschtums" herauszugeben. Ferner veröffentlichte er 1931 im Auftrag des Europäischen Nationalitätenkongresses ein "Statistisches Handbuch der europäischen Nationalitäten".

Mit dem deutschtumsstatistischen Werk wurde erstmals in der Statistik der von völkischen und nationalen Kreisen eingeforderte Paradigmenwechsel vollzogen. Winklers Insistieren auf den Kategorien eines distinktiven gesamtdeutschen "Volkstums" entsprach dem charakteristischen Denkmuster in der Bevölkerungsstatistik, das auf die Schaffung von möglichst "eindeutigen" begrifflichen Abgrenzungen zwischen den einzelnen, bei Winkler sprachlich-kulturell, nicht rassistisch determinierten "Volkstümmern" ausgerichtet war. Ihr zahlenmäßiger Umfang wurde mittels vergleichender Untersuchungen von Volkszählungsergebnissen ermittelt. Winkler, der selbst statistischer Fachberater der deutschösterreichischen Delegation von St. Germain gewesen war, stellte sein Institut vor die doppelte Aufgabe, der Politik wissenschaftliche Handhaben zu geben, um die als Unrecht abgelehnten Friedensverträge zu revidieren und zweitens die deutschsprachigen Minderheiten (vornehmlich auf dem Gebiet der ehemaligen k. u. k. Monarchie) laufend über ihre gegenwärtige Bevölkerungslage zu informieren. Diese beurteilte er pessimistisch: Nach seiner Meinung hatten die Friedensverträge den "Nahrungsspielraum" in Mitteleuropa beängstigend verengt und damit eine künstliche "Übervölkerung" hervorgerufen. Der Geburtenrückgang ließ ihn hingegen vor einer künftigen "Untervölkerung" warnen, die das ethnische Gefüge in diesem Gebiet zu Ungunsten der Deutschsprachigen verändern könnte.

Das Wiener Minderheiteninstitut verlor an Bedeutung, nachdem die Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften das Erbe der 1931 aufgelösten Leipziger Stiftung angetreten hatten. Seither traten interdisziplinäre Großforschungsprojekte, welche die NS-Bevölkerungs- und Vernichtungspolitik vorbereiteten, zunehmend an die Stelle von demographischen Forschungen einzelner Wissenschaftler und Institute.

*Alexander Pinwinkler
Salzburg*

Wilhelm Lexis (1837-1914) zählt zu den bedeutenden Wissenschaftspersönlichkeiten seiner Zeit, der mit seinen Abhandlungen auf dem Gebiet der Statistik und der Versicherungswissenschaft wesentliche Grundlagen für die Profilierung der Demografie als Wissenschaft gelegt hat. Unter Demografen ist besonders das nach Lexis benannte Diagramm sehr wohl bekannt und die von ihm entwickelten Methoden zur grafischen Darstellung der demografischen Ereignisse wie Geburt, Eheschließung, die Geburt von Kindern, Scheidung und Tod u. a. m. sind auch heute noch von essentieller Bedeutung für die bevölkerungsstatistische Analyse. In den Lehr- und Handbüchern zur Bevölkerungsstatistik und Demografie der Gegenwart finden sich allerlei Hinweise auf die Bedeutung des Lexis-Diagramm zur Erklärung der demografischen Veränderungen in der Gesellschaft. Weit aus seltener werden jedoch auf die methodischen Diskussionen, die unter den Fachleuten der Statistik und Mathematik seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts geführt wurden und an deren Zustandekommen Lexis wesentlich beteiligt war, verwiesen.

In diesem Zusammenhang sei auf die Diskussionen über die Stabilität von statistischen Verhältniszahlen und die Hervorhebung des Gedankens von der Variabilität statistischer Reihen verwiesen, der vor allem von Lexis aber auch von weiteren Vertretern sowohl der Wissenschaft als auch der Praxis vertreten wurden. Vor allem Lexis wies wiederholt darauf hin, dass das hervorstechende Merkmal der statistischen Verhältniszahlen und Reihen nicht die Stabilität und die Regelmäßigkeit sondern deren Veränderungen um den Mittelwert seien. Hieraus leitete sich auch für ihn sein besonderes Interesse, den Grad der Abweichungen von den Durchschnittswerten methodisch und rechnerisch zu bestimmen, ab. Mit dem von ihm entwickelten methodischen Ansatz als auch mit den Ergebnissen seiner Untersuchungen widersprach er grundlegend der bis in das letzte

Kollektivistische Bevölkerungskonzepte, die z. B. in Begriffen wie "Volkskörper" oder "Volkskrankheit" in den Sprachgebrauch eingegangen sind, sind ohne die Techniken der amtlichen Statistik nicht denkbar. Seit etwa dem Beginn des 20. Jahrhunderts wurden deren statistische Repräsentationen der Bevölkerung auch in der breiten Öffentlichkeit gezeigt. Die sogenannten Hygieneausstellungen sind eindrucksvolle Beispiele dafür. Gleichzeitig sehen wir hier, wie diese kollektivistischen Bevölkerungsvorstellungen durchaus mit individualistischen Traditionen aus anderen Disziplinen vereinbar erschienen. So wurde z. B. mittels Moulagen, Modellen oder Photographien an die individuelle Erfahrung der Besucher mit Krankheit angeknüpft und der ärztlichen Praxis Rechnung getragen, in der mit einzelnen Fällen gearbeitet wird. Ergänzend dazu wurde mittels Statistiken, Diagrammen und Kurven z. B. verdeutlicht, dass es sich bei den meisten Krankheiten um Massenphänomene handelt, die nicht nur den Einzelnen, sondern die Gesellschaft als Ganzes bedrohen und dafür geworben, mittels kollektiven Maßnahmen gegen diese Gefahren vorzugehen.

Wilhelm Lexis und die Debatten um die statistische Regelmäßigkeit

Drittel des 19. Jahrhunderts dominierenden Denkweise in der Statistik und der von ihr proklamierten Sicht auf die Gesellschaft als einem organisch zusammengesetzten Gefüge.

Diese Sicht auf die Gesellschaft als einem organischen Ganzen wurde vor allem von dem belgischen Statistiker Adolph Quetelet vertreten, der in seinen Abhandlungen vor allem das Problem der statistischen Regelmäßigkeit diskutierte. In seinen Veröffentlichungen erbrachte er den Nachweis für den in der Gesellschaft vorherrschenden Typ des Durchschnittsmenschen (l'homme moyen). Hierbei vertrat er die Auffassung, dass es sich bei den beobachteten statistischen Abweichungen um Einzelfälle handele, von denen man in der Regel abstrahieren könne. Die von ihm erbrachten Nachweise einer statistischen Regelmäßigkeit, die er auf der Grundlage von Durchschnittswerten begründete, galten ihm als Erklärung für die Stabilität gesellschaftlicher Verhältnisse.

Demgegenüber waren es vor allem die Vertreter der deutschen Statistik, allen voran Wilhelm Lexis, die Relevanz der Abweichungen für die statistische Analyse und für die Untersuchung gesellschaftlicher Erscheinungen verteidigten. Sie lehnten die theoretische Ableitung von Quetelet, nach der die Gesellschaft durch den Durchschnittsmenschen repräsentiert sei, vehement ab und betonten vielmehr die errungene Unabhängigkeit als auch die individuelle Handlungsfreiheit des Einzelmenschen. Als vornehmliche Aufgabe der Statistik betrachteten sie die Berichterstattung über alle Erscheinungen in der Gesellschaft, einschließlich der sie auszeichnenden Vielfalt, die sich u. a. in den Abweichungen innerhalb der statistischen Reihen zum Ausdruck kam.

Jochen Fleischhacker
Max Planck Institut für Demografische Forschung Rostock

Die graphisch-statistische Darstellung der Bevölkerung: Bevölkerungskonzepte in der Gesundheitsaufklärung in Deutschland vor 1933

Dieser Vergleich kann helfen, das Besondere der statistischen Bilder der Bevölkerung genauer zu bestimmen. Sie haben dazu gedient, einen anderen Blick auf das Phänomen, krank zu sein, einzuüben. Es wurde eine neue Wahrnehmungsweise auf das, was Bevölkerungsprobleme ge-

nannt wurde, geprägt und auf diese Weise für Bevölkerungspolitiker möglich, über Bevölkerungen so zu sprechen, als würde es sich um reale Personen handeln, die gesund oder krank sind bzw. leben oder sterben.

Für erste Ergebnisse siehe: Christine Brecht und Sybilla Nikolow: Displaying the Invisible. Volkskrankheiten on Exhibition in Imperial Germany. in: Studies in the History and Philosophy of Biological and Biomedical Sciences 31(2000), 511-530. und Sybilla Nikolow: Der statistische Blick auf Krankheit und Gesundheit. "Kurvenlandschaften" in Gesundheitsausstellungen am Beginn des 20. Jahrhunderts in Deutschland. in: Flexibler Normalismus und Orientierung mittels "Kurvenlandschaften. Fälle und Modelle". Hg. von Ute Gerhard und Jürgen Link. (im Druck).

Sybilla Nikolow,
Bielefeld/Cambridge, U.K.

Ein historisches Beispiel
gesamtstaatlicher Wirtschaftsplanung in Deutschland:

Die Bevölkerungsregulierung im Land Braunschweig von 1793 bis 1925/42 im Zeichen der Privatisierung und Kapitalisierung des Bodens und der Globalisierung mit ihren Chancen und Gefahren

(Vortrag vor einem Arbeitskreis der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. am 13.5.2000)

Die dargestellte Bevölkerungspolitik im ehem. Herzogtum Braunschweig mit Hinweisen auf die noch nicht untersuchten möglichen Auswirkungen in der NS-Zeit und noch inexpliziten Anregungen für eine zukünftige Politikgestaltung unter der Rahmenbedingung von Globalisierung und gleichzeitigen regionalen Wirtschaftskreisläufen ist nur bedingt das Ergebnis strukturge-schichtlicher Methodik und schon gar nicht einer historischen Mikroanalyse, sondern das Ergebnis einer schon über zweieinhalb Jahrzehnte andauernden Arbeit an der historischen *Rekonstruktion* einer gesamtstaatlichen agrarökonomischen - nationalökonomischen Bevölkerungspolitik, wie sie möglicherweise in dem einen oder anderen deutschen Staat ähnlich durchgeführt worden sein könnte - wenn auch wohl kaum so extrem mathematisch konsequent wie im ehem. Herzogtum Braunschweig.

Die detaillierte Rekonstruktion der braunschweigischen Bevölkerungspolitik, die ansonsten sogar in ihren Grundzügen der geschichtswissenschaftlichen Aufarbeitung verschlossen blieb, hatte bestimmte Voraussetzungen. Die Unbekanntheit dieser Politik kann nicht verwundern, denn wie Josef Schmid feststellt (in: Rainer Mackensen (Hrsg.), *Bevölkerungsfragen auf Abwegen der Wissenschaften*. Opladen 1998, S.232) ist es typisch für die modernen Länder, dass ihre "Bevölkerungspolitik" als solche nicht erkennbar ist, weil sie "sie völlig auffächern, vielfach in der Administration verstecken und unsichtbar machen" und um wieviel mehr war Internhaltung von Verwaltungswissen die Regel in einem absolutistischen Staat.

Obwohl die Praxis einer durch mathematische Methoden betriebenen horizontalen (räumlichen) und vertikalen (nach Besitz- und Steuerklassen) Aufteilung der Bevölkerung im ehem. Herzogtum Braunschweig im Wesentlichen schon 1984 in meiner Leipziger Habilitationsschrift beschrieben wurde, ist die aus nationalökonomischem Geist ab 1850 betriebene Bevölkerungspolitik von mir erst im Laufe der letzten Jahre erkannt und rekonstruiert worden. Danach gab es:

(A)

- (1) ab 1793 eine Politik, die darauf achtete, dass das empirisch ermittelte "Verhältnis von Reihe- und Nebeneinwohnern nicht überschritten" wird. Die von mir rekonstruierte anderweitig nicht nachgewiesene Regulierungsgleichung $H = 3/5 A + 2.8$

H (Siedlungsexintensität) = 0.4 Gemarkungsfläche/Feuerstellen)

A (Ackerbauextensität) = 0.4 Gemarkungsfläche/Reihebauernstellen)

N (Nebeneinwohner) = Feuerstellen - Reihebauernstellen)

bezog sich bis 1806, als das Herzogtum im Königreich Westphalen aufging, zunächst auf die einzelnen Ämter, die kleinsten Verwaltungseinheiten des Herzogtums.

- (2) Ab 1814, nach Wiederherstellung des Herzogtums in seinen alten Grenzen und der Errichtung moderner Kreisämter, wurde das >richtige< Verhältnis individuell für jede einzelne Gemeinde errechnet. Stadt und Land wurden separaten Funktionsbedingungen unterworfen. Die demographische Entwicklung sollte in beiden Lebensbereichen bei einem konstanten Anteil von 29% städtischer Bevölkerung offen-

sichtlich proportional erfolgen. Damit waren der "Landflucht" Grenzen gesetzt. Malthus wurde dahingehend korrigiert, dass nicht die "Nahrungs- sondern die Erwerbsgrundlage" das entscheidende Kriterium für die Bevölke-

regulierung sei.

- (3) Diese Politik band den Bauern nach wie vor an die Scholle, sicherte ihm im Gegensatz zu England aber auch den Besitzstand angesichts adliger Arrondierungsbestrebungen. Durch systemgerechte Hinzufügung neuer Stellen für sog. Anbauern wurde das Arbeitskräftegleichgewicht zwischen den Ackerbaubetrieben und den durch Kleinstellen abgesicherten Hilfskräften hergestellt.
- (4) Mit der seit 1805 verfolgten Politik eines Baustopps für die Errichtung neuer Wohngebäude bzw. einer zweiten Stube, die "dienstfähigen Personen das Sitzen auf eigener Hand", also die Bewirtschaftung einer Kleinstelle mit Pachtland und Viehhaltung oder ein freies Tagelöhnerdasein ermöglicht hätte, war offenbar die Vorstellung verbunden, dass auf diese Weise bei anhaltendem Bevölkerungswachstum die wünschenswerte Anzahl von Menschen, die sich als Gesinde an die "Reiheinwohner" verdingen mussten, ganz von selbst hinzukommen würde. Aber schon 1919 taucht zum ersten Mal das Wort "Übervölkerung" auf und 1821 bereitet die überproportionale Vermehrung der Häuslingsfamilien auf dem Lande der Verwaltung Sorgen.
- (5) Nachdem für die Zeit vor 1805 noch die oftmals wiederholten Auswanderungsverbote in Geltung waren, betrieb die Regierung des Herzogtums Braunschweig für den Zeitraum von 1846 bis 1874 eine streng kontrollierte aktive Auswanderungspolitik, vor allem nach den USA. Diese Politik minderte nicht nur die soziale Spannung um 1848, sie erleichterte auch ganz erheblich die seit 1840 voll in Gang gekommene epochale Veränderung der feudalen mittelalterlichen Agrarverfassung und -struktur, nämlich die Zusammenlegung von zerstreut liegenden Besitzflächen, die gemeinschaftlicher Bewirtschaftung unterlagen, zu individuell bewirtschafteten kompakten Agrarflächen - ein kostenintensiver Prozess, der sich im Herzogtum Braunschweig über viele Jahrzehnte erstreckte und hier "Separation" genannt wurde.

(B)

Auf der Grundlage der Separationen wurde im Herzogtum Braunschweig in Fortsetzung des Systems von 1793 ab der Mitte des 19. Jahrhunderts ein neues agrarökonomisches System der räumlichen Verteilung der Bevölkerung geschaffen:

- (1) Die ausgeführten Separationen ermöglichten die Erweiterung der Ackerfläche und gestatteten für jede einzelne Gemeinde die genaue Festlegung des Feldbauareals, das sich aus Acker-, Garten- und Wiesenland zusammensetzt (AGW).
- (2) Ab 1850 wurde mit der Anlage der Grundsteuerkataster begonnen. Die verschiedenen Nutzflächenarten AGW, sowie Weiden, Forsten und das sog. Unland (Hofräume, Wege, Wasser, usw.) wurden bei generell gleichen Abstufungswerten nach der Ertragslage (Bodenqualität) des Ackerlandes eines jeden Hofes eingeschätzt.

(3) Mit der Viehzählung von 1856 war es möglich, alle größeren Betriebe einer Gemeinde (einschl. Domänen, Rittergüter, etc.) mit marktwirtschaftlich relevanter Viehhaltung zu einem Regulierungsblock für die Berechnung des ortsspezifischen Grundsteuerkapitalquotienten (GsqN) heranzuziehen.

(4) Ab 1855 führten die effizientere Landwirtschaft und die steigenden Arbeitslöhne zu einem Abbau des bäuerlichen Gesindes. Gleichwohl konnte die sich daraus ergebende vermehrte Tagelöhnerschaft bei zunehmendem Arbeitskräftemangel durch "Translocationen" aus weniger entwickelten Orten und Landesteilen regulierungssystemgerecht an Orte mit Arbeitskräftebedarf umgesiedelt werden. Von 1850 bis 1874 wurden zielgenau nach Maßgabe des Zuwachses des AGW-Areals insg. 3550 Anbauernstellen geschaffen. Der wahrscheinlich früheste Zeitpunkt für die Existenz des Regulierungsparameters

60 GsqN = FbiN (systemare Feldbauintensität)

ist der Zeitraum vom Jahr der Viehzählung 1856 bis zum Jahr der Volkszählung 1858. Die ortsspezifische Feldbauintensität (**Fbi** = **Einwohner/AGW**) war damit eine abhängige Variable des örtlichen Grundsteuerkapitalquotienten.

(5) Durch eine flexible, aber generelle Erhöhung des örtlichen Grundsteuerkapitalquotienten konnte für Orte mit arbeitsintensiven und gewinnträchtigen Kulturen (wie dem im Her-

zogtum Braunschweig bedeutsamen Zuckerrübenanbau) dem höheren Arbeitskräftebedarf Rechnung getragen werden.

(6) Nicht oder nur teilweise der Agrarwirtschaft zuzurechnende Bevölkerungsteile (in den Städten, Flecken, Hüttenorten) wurden aus diesem Regulierungssystem herausgerechnet bzw. gesondert berechnet.

(C)

Als Kontrolljahre der Bevölkerungsregulierung für alle über 450 Orte des ehem. Herzogtums bzw. nachmaligen Freistaats Braunschweig, konnte ich die Jahre 1875, 1900 und 1925 identifizieren, in denen jeweils eine exakte funktionale Zuordnung der Werte GsqN (Grundsteuerkapitalquotient), Einwohnerzahl und AGW (Acker, Gärten, Wiesen) nach Maßgabe der Gleichung $60 \text{ GsqN} = \text{FbiN}$ durch die zuständigen Verwaltungsorgane erarbeitet, aber nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde.

Flexibel musste dieses System auch noch in einer anderen Richtung sein: Ohne die Heranziehung von Pachtländereien (Zupacht von Ländereien außerhalb der eigenen Gemeinde und Verpachtung von Ländereien an Betriebe in Nachbargemeinden) wäre die strikte Observanz des Regulierungsparameters nicht möglich gewesen.

Werner Deich, Kohren-Sahlis

Am 16. März 2001 führte die Gesellschaft für Demographie im Gesundheitswissenschaft Berlin

"Volkszählung in Deutschland"

die Tagung zum Thema "Volkszählung in Deutschland" durch. Ziel ist es, die Wissenschaft sowie andere Nutzer von Volkszählungsergebnissen frühzeitig in den Prozess und die Diskussion des Paradigmenwandels von einer herkömmlichen zu einer registergestützten Zählung einzubeziehen. Im Folgenden werden die Kurzfassungen der gehaltenen Referate dargestellt.

Johann-Peter-Süßmilch-Zentrum für Human- und Ge-

eine Tagung zum Thema

Die Volkszählung: nationale und internationale Aspekte

Um demographische Prozesse wie Geburtenrückgang, Auflösung traditioneller Familiengrößen und -formen, Immigrationsdruck durch Leute spezifischer Alters- und Bildungsstrukturen überhaupt erkennen, beurteilen und ihnen politisch begegnen zu können, bedarf es wiederholter Bestandsaufnahmen der Bevölkerung mit den wichtigsten Strukturmerkmalen in Form der Volkszählung. Diese dient auch als Basis und Rahmeninformation für die Fortschreibung und Stichprobenauswahl.

Unter den nationalen Aspekten wird der Frage nachgegangen, warum Deutschland trotz dieser weltweit anerkannten Bedeutung der Volkszählung die von supranationalen Organisationen empfohlene Periodizität dieser Zählung mehr als 20 Jahre unterbricht. Unter den internationalen Aspekten wird erörtert, was die deutsche amtliche Statistik aus den Erfahrungen der Niederlande und der Schweiz für die Durchführung eines registergestützten Zensus lernen kann.

Die Ablehnung der EU-Leitlinien 1997 für das gemeinschaftliche Programm der Volks- und Wohnungszählung im Jahre 2001, die Auseinandersetzungen in der amtlichen Statistik durch ein Bundes- und Ländermodell zur Volkszählung, die Befürwortung einer registergestützten Zählung durch den Bundestag 1998, die Art des politischen Entscheidungsprozesses ohne Rücksicht auf eine ausreichende Diskussion von Alternativen unter Einbezug der Wissenschaft war zu beklagen. Die Prüfung der Statistikauglichkeit der heranzuziehenden Register durch stichprobenhafte Testverfahren soll erst die Entscheidung zu einem registergestützten Zensus bringen.

Es gibt drei Gründe, weshalb im Gegensatz zu anderen Ländern kein existentieller Grund zur Durchführung einer Volkszählung in Deutschland besteht und eher in Politik und Gesellschaft

noch Überzeugungsarbeit dafür notwendig ist:

1. Die Infrastruktur der Bevölkerungsstatistik funktioniert immer noch, ohne dass man über deren abnehmende Qualität in der Zeit beunruhigt ist. Das heißt, die Fortschreibungsstatistik liefert ohne strukturelle Gliederung die wichtigsten Eckdaten zur Bevölkerung auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene. Der jährliche Mikrozensus, obwohl im Auswahlplan auf der Volkszählung 1987 basierend, liefert die Strukturdaten zur Bevölkerung und avancierte unterdessen zum Master Sample, aus dem zukünftig Stichproben der amtlichen Statistik zu ziehen sind.
2. Die Gemeinden hatten die Hauptlast der Volkszählung 1987 zu tragen, als sie die weit überzogenen Verfahrensregeln des Volkszählungsurteils von 1983 durchzuführen hatten und am Ende nicht einmal in erwartetem Maße über die sie betreffenden Daten der Zählung verfügen konnten. Inzwischen haben sich viele Städte ein eigenes beachtliches Informationssystem geschaffen. Außerdem scheint die "gerechte" Verteilung der Schlüsselzuweisungen aufgrund aktueller Volkszählungsergebnisse kein Thema auf kommunaler Ebene zu sein.
3. Der wichtigste Grund für die Vernachlässigung der Volkszählung in der international empfohlenen Periodizität liegt im vergleichsweise geringen Stellenwert der Statistik in der Politik. Während in angelsächsischen Ländern in Verfassungen und Präambeln die Statistik zu einem fundamentalen Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens geworden ist, ist sie in Deutschland oft nur Lippenbekenntnis; sie besteht in Deutschland die Nagelprobe dann nicht, wenn Geld dafür aufgewendet werden soll. Es wird nach Umwegen gesonnen, die zwar sehr viel Zeit kosten, aber doch verspre-

chen, dass sie, sollten sie mit viel Risiko zum Erfolg führen, billiger sind. Dass aber Zeit auch Geld ist, wird dabei außer Acht gelassen.

Aus den niederländischen Erfahrungen der Vorbereitung einer registergestützten Volkszählung kann gelernt werden:

1. Bevor mit Registern für städtische Zwecke gearbeitet werden kann, haben diese bestimmte Anforderungen hinsichtlich ihrer Qualität zu erfüllen. Sie wird in den Niederlanden durch eine Kombination von drei Faktoren gesichert: detaillierte Gesetzgebung, Kontrollmöglichkeiten der für die Register verantwortlichen Instanzen und eigenes Interesse der Bürger an der Genauigkeit ihrer Daten im Register.
2. Auch die Niederlande konnten es sich leisten, die Periodizität der Volkszählung seit 1971 zu unterbrechen, um in gezielter Weise organisatorisch, rechtlich und informationstechnologisch einen registergestützten Zensus vorzubereiten; darüber hinaus wurden die Grundlagen gelegt, um im Zeitalter der Informationsgesellschaft die Datenregister der Verwaltung mit Erhebungsdaten aus anderen Quellen (z. B. Stichprobenerhebungen) zu verknüpfen. Unter dieser Sicht muten die improvisierten Verfahren, die den Testverfahren der deutschen amtlichen Statistik zugrunde liegen, zu kurz "gesprungen" an und lassen wenig konzeptionelle Änderungen

Neue Methode der Volkszählung Der Test eines registergestützten Zensus

Die Bundesregierung hat im Januar 2001 den Entwurf eines Gesetzes zum Test eines registergestützten Zensus beschlossen. Ein registergestützter Zensus, der sich auf vorhandene Daten aus Verwaltungsregistern und eine postalische Befragung der Gebäudeeigentümer stützt, soll künftig in Deutschland die herkömmliche Volkszählung ersetzen. Vor Einführung dieser neuen Methode sind zunächst Tests und Erhebungen durchzuführen, die durch Gesetz angeordnet werden müssen.

Volkszählungen sind von den Vereinten Nationen im Abstand von etwa zehn Jahren empfohlen. Um das Jahr 2000 werden daher weltweit Zensen durchgeführt. Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zählen entsprechend einer Empfehlung der EU mehrheitlich im Jahr 2001. Die letzte Volkszählung wurde im früheren Bundesgebiet 1987, in der DDR im Jahr 1981 durchgeführt.

Volkszählungen liefern Grunddaten über die Bevölkerung eines Landes sowie über deren Erwerbstätigkeit und Wohnsituation. Die Ergebnisse sind statistische Grundlage für politische wie für wirtschaftliche Planungen und Entscheidungen sowie für wissenschaftliche Untersuchungen. So beruhen beispielsweise der Länder-Finanzausgleich, die Einteilung der Wahlkreise bei Bundestagswahlen sowie die Stimmenzahl der Länder im Bundesrat auf den Ergebnissen eines Zensus, insbesondere auf den amtlichen Bevölkerungszahlen. Nutzer von Zensusdaten sind die politischen Entscheidungsträger in Bund, Ländern und Gemeinden, aber auch die Europäische Union im Rahmen ihrer Struktur- und Regionalpolitik. Zensusergebnisse werden von der Wirtschaft z. B. für Standortentscheidungen und Bewertung ihrer Absatzmärkte benötigt.

Nach den Binnenwanderungen vor und nach der Wiedervereinigung besteht auch in Deutschland Bedarf für eine neue "Inventur". Bei einer so großen und kostspieligen Statistik wie einer Volkszählung muss jedoch besonders gründlich geprüft werden, auf welche Art sie durchgeführt werden soll. Die letzte Volkszählung im früheren Bundesgebiet hat 1987 Bund, Länder und vor allem Gemeinden insgesamt ca. eine Milliarde DM gekostet. Eine neue Zählung mit herkömmlicher unmittelbarer

gen im Hinblick auf die Sicherung der Registerqualität und Datenverknüpfung erkennen.

Aus dem Zensusprogramm der Schweiz sind für Deutschland folgende Erfahrungen wichtig:

1. Es ist vorteilhaft für eine registergestützte Volkszählung eine langfristige Strategie aufzubauen, um die Ziele der Modernisierung der Datenerhebung – nämlich geringere Belastung (Kosten und Bevölkerung) bei gleicher oder besserer Datenqualität – zu erreichen. Dabei ist es nicht nötig und sinnvoll, das bisherige Volkszählungsverfahren auszuersetzen, sondern es stellt einen vorbereitenden Bestandteil der demnächst registergestützten Zählung dar. Die schweizerische Gebäude- und Wohnungszählung diente zum Aufbau eines entsprechenden Registers.
2. Die Verknüpfung von Einwohner- und Wohnungsregister über eine Wohnungsnummer vereinfacht das System; es fallen die aufwendigen Umwege einer Haushaltsgenerierung weg.
3. Die Experimentierfreudigkeit in bezug auf elektronische Datenerhebungsverfahren führte zur Organisation und Durchführung eines E-Zensus.

Walter Krug
Universität Trier

Befragung würde erheblich mehr kosten.

Ähnlich wie in anderen Staaten Europas und der Welt wurde in den vergangenen Jahren auch in Deutschland nach Wegen gesucht, bestehende Datenquellen für Volkszählungen zu nutzen, um die Kosten und die Belastung der Bürger zu reduzieren. Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder haben in Zusammenarbeit mit den Gemeinden ein Modell entwickelt, das die Nutzung vorhandener Daten aus den Melderegistern sowie von Daten der Bundesanstalt für Arbeit vorsieht. Angaben zu Wohnungen und Gebäuden werden schriftlich von den Hauseigentümern erfragt. Die aus diesen verschiedenen Quellen erhobenen Daten sollen im Statistikbereich Plausibilitätsprüfungen unterzogen, dann zu statistischen Haushalten kombiniert und zu einem Datensatz zusammengeführt werden. Wenn sich dabei in manchen Gebäuden unplausible Relationen von Personen und Wohnungen ergeben, könnten diese durch Nachfrage vor Ort berichtet werden.

Der Rückgriff auf bestehende Datenquellen reduziert deutlich Kosten und Aufwand gegenüber einer traditionellen Befragung. Der Einsatz des automatisierten Meldewesens in den Gemeinden ermöglicht und erleichtert die Durchführung eines solchermaßen registergestützten Zensus.

Mit diesem Alternativkonzept zur herkömmlichen Volkszählung betritt die amtliche Statistik in Deutschland Neuland. Ein Test mit Qualitätsuntersuchungen der verwendeten Register sowie zur Verbesserung und Bewertung der geplanten Verfahren durch eine Kontrolle der Ergebnisse mit Befragungen vor Ort sind daher unerlässlich. Für den im Gesetzentwurf vorgesehenen Zensus test sind umfangreichere Erhebungen als für den endgültigen registergestützten Zensus erforderlich. Es wird auch untersucht, welche im Testgesetz vorgesehenen Liefermerkmale aus den Registern für das endgültige Verfahren wirklich benötigt werden.

Stichprobenweise sollen die einzelnen Teile des Zensusmodells wie folgt getestet werden:

Die Daten der Einwohnermelderegister werden in ausgewählten Gemeinden (maximal 570 von rd. 14 500) und Gebäuden (maximal 38 000 von rd. 16,4 Mio.) mit Befragungen bei den Bewohnern dieser Gebäude verglichen, um so Erkenntnisse über "Karteileichen" und Fehlbestände in den Registern zu er-

halten.

Weitere Aussagen zur Registerqualität und zu den Möglichkeiten, widersprüchliche Angaben im Statistikbereich zu bereinigen, werden durch eine sogenannte Dublettenprüfung gewonnen. Für diese Prüfung liefern alle Gemeinden Deutschlands die Datensätze von Personen, die an drei bestimmten Tagen Geburtstag haben oder deren Geburtsdaten unvollständig sind. Festgestellte doppelte Hauptwohnungen, die durch Fehler im Meldeverfahren entstehen können, sollen durch Nachfragen der Statistischen Ämter bei den betroffenen Bürgern geklärt werden.

Die vorgeschlagenen statistischen Verfahren, insbesondere die Generierung von Haushalten aus den vorhandenen Informationen und die Zusammenführung der Daten, werden in einer Unterstichprobe in ca. 16 000 Gebäuden in etwa 230 Gemeinden anhand von Befragungsergebnissen geprüft und nach Möglichkeit verbessert. Dabei soll auch geklärt werden, mit welchem Aufwand Ergebnisverbesserungen durch Nachfragen bei festgestellten Unplausibilitäten erzielbar sind.

Dem Datenschutz wird bei der Erprobung des Alternativkonzepts besondere Bedeutung beigemessen. Er wird entsprechend

Die Interessenlage der Städte, die in Struktur und Größe sehr verschieden sind, ist hinsichtlich eines Zensus naturgemäß nicht einheitlich. Trotzdem fordert ein Beschluss des Präsidiums des Deutschen Städtetages vom 5. Juni 1997 "zumindest Grunddaten zu Personen, Haushalten, Gebäuden, Wohnungen und Arbeitsstätten mit hinreichender Qualität in feiner regionaler Gliederung". Ein konventioneller Zensus wie 1987 wird abgelehnt, statt dessen wird – mit ausdrücklichem Hinweis auf die Notwendigkeit der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte – ein Einstieg in die Registerstatistik nahegelegt.

1. Die Städte brauchen einen Ersatz für bisherige Personen- und Haushalts-, Gebäude- und Wohnungs- sowie Berufs- und Arbeitsstättenzählungen.

Während im Westen Deutschlands die Städte von den kleinräumig gegliederten Daten der Volkszählung 1987 zu den Themen Beruf und Einkommensquellen, Erwerbstätigkeit und Pendelverflechtung, Bildung, Sozialstruktur und Religionszugehörigkeit sowie Haushalts- und Familienbildung, deren Bezug zu den originären Tätigkeitsgebieten der Städte offensichtlich ist, lange zehren konnten, lagen diese Angaben für die Städte im Osten gar nicht vor. Nach deutlich mehr als 20 Jahren sind aktuelle Angaben dringend erforderlich.

2. In der kommunalen Statistik spielen Registerauswertungen inzwischen eine bedeutende Rolle.

Auch nach einem zukünftigen Zensus müssen planerische Entscheidungen auf zeitnahe Informationen und aktuelle Zahlenwerke gestützt werden. Neben der nicht kleinräumig untergliederten staatlichen Statistik und kommunalen Datenerhebungen bieten sich Registerauswertungen hierfür an. Die Auswertung von Verwaltungsregistern ist zu einer wichtigen Stütze der städtischen Statistik geworden. Die Registernutzung ist indes nicht problemlos, da Sinn und Zweck von Verwaltungsregistern nicht die Gewinnung statistischer Informationen sondern die Abwicklung und Dokumentation von Verwaltungsvorgängen ist. Vor allem aber bleibt eine Fülle von Themenkreisen, zu denen in den Städten keine Verwaltungsregister geführt werden.

3. Die gesetzliche Absicherung kommunaler Gebäude- und Wohnungsdateien und ihres Abgleiches mit Zensusdaten ist eine alte Forderung der Städte.

den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts im Volkszählungsurteil vom 15. Dezember 1983 voll gewahrt. Alle für die Testuntersuchungen erforderlichen personenbezogenen Daten werden von den statistischen Ämtern der Länder und dem Statistischen Bundesamt erhoben und verarbeitet. Die Einzeldaten verbleiben ausschließlich in besonders geschützten Bereichen der statistischen Ämter und fallen unter die statistische Geheimhaltung. Die Hilfsmerkmale, wie beispielsweise Name und Anschrift, werden so bald wie möglich wieder gelöscht. Die Datenüberprüfung und -berichtigung im Rahmen der methodischen Untersuchungen erfolgt ebenfalls ausschließlich in den statistischen Ämtern. Rückmeldungen an die registerführenden Verwaltungsbehörden als Datenquelle sind nicht zulässig.

Für die europäische Zählung im Jahr 2001 und die Datenlieferung an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) wird die Bundesrepublik Deutschland zunächst soweit wie möglich auf Daten aus vorhandenen Statistiken, insbesondere aus dem Mikrozensus, der jährlichen 1%-Stichprobe der Haushalte im Bundesgebiet, sowie aus der Bevölkerungsfortschreibung zurückgreifen.

*Dieter Bierau
Statistisches Bundesamt Wiesbaden*

Die Volkszählung aus der Sicht der Städte

Bereits der Erfahrungsbericht der Städte zur Volkszählung 1987 enthielt sie als Bedingung für künftige Zensen unter Mitwirkung der Städte. Das Thema wurde mit der Gebäude- und Wohnungszählung in den neuen Bundesländern 1995 erneut akut.

4. Datenschutz.

Die Kommunalstatistik ist Teil des Systems der amtlichen Statistik in der Bundesrepublik. Ihre Tätigkeit wird künftig an harmonisierten EU-Datenschutznormen zu orientieren sein. Das Bundesverfassungsgericht und in seiner Nachfolge die Gesetzgeber haben bekanntlich hohe Forderungen hinsichtlich der Abschottung der Statistik gegenüber dem Verwaltungsvollzug aufgestellt, die von den abgeschotteten kommunalen Statistikstellen erfüllt werden. Die kommunale Statistik wird jedoch mit Hinweis auf datenschutzrechtliche Bedenken häufig vom Zugang zu bereits erhobenen Daten ferngehalten. Sollen die Städte auch künftig ihren Beitrag im Rahmen des statistischen Systems der Bundesrepublik leisten – zumal wenn von der Umstellung zu einer Registerstatistik die Rede ist – so darf die städtische Statistik beim Zugang zu diesen Registern nicht schlechter gestellt werden als ihre Partner bei Bund und Land. Der Sicherheitsstandard in kommunalen Statistikstellen ist nicht geringer als der in den registerführenden Stellen.

5. Die Kleinräumigkeit ist das Rückgrat kommunalstatistischer Informationsmanagements.

Daten über Städte und Gemeinden liefert die Bundes- und Landesstatistik auch. Wenn den Städten diese Ergebnisse für ihre Aufgabenerfüllung genügen würden, bedürfte es keiner kommunalstatistischen Dienststellen. Typisch für planerische Entscheidungen kommunaler Verwaltungen ist aber ihr Bezug zu Teilgebieten, und zwar beliebig berandeten, der Stadt. Vielfach sind nicht einmal blockseitenscharfe Daten ausreichend, um ein von Sanierungs-, Schul- oder Verkehrsplanern abgegrenztes Gebiet zu aggregieren. In diesen Fällen muss auf adressscharfe Einzelangaben zurückgegriffen werden, um beliebig aggregieren zu können. Deshalb besteht die Forderung, dass für die kommunale Statistik Straße und Hausnummer nicht Hilfsmerkmale sind, sondern Erhebungsmerkmale. Weiterhin muss das System der öffentlichen Statistik dem Regionalaspekt Rechnung tragen. Das bedeutet, dass Daten über Stadtregionen nicht in Landes- oder Kreiszahlen verborgen werden dürfen, sondern

mit der gleichen fachlichen und räumlichen Gliederungstiefe wie innerstädtische Daten bereitgestellt werden. Ein künftiger Zensus wäre ein geeigneter Anlass, diesem Mangel nachhaltig abzuwehren.

6. Kein Modell eines künftigen Registerzensus darf etabliert werden, ohne dass zuvor seine Tauglichkeit sichergestellt ist.

Ein Umstieg auf eine Registerstatistik bedeutet eine Umbasierung des Systems der öffentlichen Statistik. Die Qualität der Register tritt an die Stelle der Primärerhebung. Die Anforderungen an diese Qualität werden dadurch auf eine neue Stufe gehoben. Das betrifft vor allem Verwaltungsregister, in deren anordnender Rechtsvorschrift eine Zweckbestimmung als Instrument der Statistik regelmäßig nicht enthalten ist.

Wenn die Melderegister zur Hauptquelle der Feststellung amtlicher Einwohnerzahlen gemacht werden, geht das über die bisherige Zweckbestimmung dieser Register als reine Instrumente des Verwaltungsvollzuges hinaus. Die amtliche Einwohnerzahl ist Grundlage für vielerlei Entscheidungen, häufig mit unmittelbaren Folgen für die betroffene Gebietskörperschaft. Wenn die örtlichen Melderegister zu ihrer Feststellung herangezogen werden, müssen systematische Verzerrungen zwischen Städten oder Bundesländern oder zwischen Städten und Landkreisen infolge unterschiedlicher Rechts- oder Verwaltungsvorschriften und deren unterschiedliche Anwendung durch die Kommunen zuverlässig und gerichtsfest ausgeschlossen werden. Das heißt, dass die "Statistikfähigkeit" der Melderegister zum Gegenstand des Melderechts werden muss. Die Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahlen, also die Statistik, muss im Melderechtsrahmengesetz zu einer Zweckbestimmung der Melderegister erklärt werden. Darüber hinaus sind tragfähige Rechtsgrundlagen – möglichst im Bundesrecht – für die Überprüfung und Berichtigung der Melderegister zu schaffen. Zuvor wären durch wissenschaftliche Untersuchungen geeignete Methoden zu evaluieren, die es gestatten, den Melderegisterbestand so zu korrigieren, dass daraus unmittelbar die amtliche Einwohnerzahl ab-

geleitet werden kann.

7. Frage der Kosten:

Es sei auf die Gefahr hingewiesen, dass eine vermeintliche "Billigvariante" einer Volkszählung letztlich volkswirtschaftlichen Gesamtkosten nach sich ziehen mag, die die Kosten eines herkömmlichen Zensus mit Erhebungsstellen und Interviewern übersteigen. Der Aufwand, vor Etablierung neuer Methoden deren Zuverlässigkeit und den Anschluss künftiger Fortschreibungen sicherzustellen, ist gut angelegt. Die Städte werden sich dem Umstand nicht verschließen, sofern dem durch sie zu tragenden Kostenaufwand ein aus ihrer Sicht angemessener Nutzen gegenübersteht. Für Aufgabenerfüllung im alleinigen Auftrag von Bund und Ländern ohne erkennbaren Nutzen für die Städte ist eine vollständige Kostenerstattung dagegen eine unabdingbare kommunale Forderung – auch dann, wenn eine tatsächliche Aufgabenübertragung im Gesetz zur Auskunftspflicht der Städte umdeklariert wird.

Fazit: Die Städte sehen gleichermaßen das Erfordernis künftiger Zensusen wie die Notwendigkeit zur Etablierung neuer Methoden. Sie sind bereit, ihren Teil zu diesem Prozess beizutragen. Für einen erfolgreichen Methodenwechsel bei künftigen Zensusen sind aber die bis jetzt vorgelegten Vorschläge aus kommunaler Sicht noch nicht ausreichend.

Es ist eine grundlegend andere Kultur des Zugriffs der Statistik auf allen amtlichen Ebenen auf die quantitativen Ergebnisse des Verwaltungshandelns notwendig. Dabei müssen auch Fehlentwicklungen korrigiert werden, die sich in der Folge des Vz-Urteils von 1983 vollzogen und in ihren Auswirkungen weit von dem eigentlichen Tenor dieses Urteils fortgeführt haben. Schließlich wird es keinen adäquaten Ersatz für klassische Zensusen ohne eine gleichberechtigte Einbeziehung der kommunalen Statistik geben.

Werner Ley,
Amt für Statistik der Stadt Magdeburg

Eine Volkszählung ist ein erheblicher Eingriff in das informationelle Selbstbestimmungsrecht aller Einwohner. Daher sind alle Bemühungen zu befürworten, ein milderes Mittel

als eine Volkszählung als Totalerhebung zu finden. Fraglich bleibt, ob das personenbezogene Zusammenführen der Daten verschiedener Register, wie es der Zensusentwurf vorsieht, zu erproben, das mildere Mittel gegenüber einer Totalerhebung unter Mitwirkung und Kenntnisnahme der erhobenen Daten durch die Betroffenen ist. Dieses hängt entscheidend von den Rahmenbedingungen ab.

Was geschieht bei der Haushaltsgenerierung? Durch einen aufwändigen Algorithmus werden Personen eines Gebäudes, d. h. die unter einer bestimmten Adresse im Melderegister registriert sind, über eine Vielzahl von gespeicherten Merkmalen (Namensgleichheit, Familienzusammenhang (Verzeigerung), gleiches Einzugsdatum, gleicher Zuzugsort, gleiches Scheidungsdatum, Geburtsnamenübereinstimmung u. v. m.) zu Haushalten zusammengeführt. Diese entsprechen mit den schon bestehenden ausgefeilten Methoden weitgehend der Realität.

Unter Nutzung von Namen, Vornamen, Geschlecht, Geburtsdatum und Adresse werden die Datensätze um die Angaben des Arbeitsortes und der Stellung im Beruf aus den Dateien der Bundesanstalt für Arbeit ergänzt.

Diese Berechnungen sollen in einem späteren Zensus millionenfach in den Rechnern der amtlichen Statistik geschehen. Da-

Entsteht mit der Haushaltsgenerierung ein künstliches Personenkennzeichen?

bei sollen bis zu 30 verschiedene Hilfsmerkmale über die Betroffenen erhoben und verarbeitet werden. Diese Hilfsmerkmale können in ihrer Gesamtheit wie ein Substitut eines

Personenkennzeichens wirken. Statt einer "pseudonymen" Personenkennzahl (aus Geburtsdatum, Geschlecht und Unterscheidungsnummer) wird ein Personenkennzeichen aus Klartextfeldern wie Namen, Geburtsdatum, Adresse und einer Reihe weiterer Merkmale aus den Melderegistern gebildet.

D. h. bei der rechentechnischen Aufbereitung der Daten sind diese Daten nicht wie bei einer klassischen Volkszählung nur noch über eine Datensatznummer und den Erhebungsbogen auf die Person rückbeziehbar - nein sie sind unmittelbar personenbezogen. Erst wenn bei der elektronischen Aufbereitung alle Daten zusammengeführt sind (d. h. die Meldedaten bereinigt, verbunden mit den Daten der Bundesanstalt für Arbeit und den Vermieterangaben) kann eine Trennung und Löschung dieser Hilfsmerkmale erfolgen.

Ist jedoch eine solche intelligente Software wie die zur Haushaltsgenerierung erst einmal entwickelt, so ist ein maschineller Ausdruck von wahrscheinlichen aktuellen und früheren Haushaltszusammenhängen sicherlich nicht nur für die Strafverfolgungsbehörden und die Polizei von Interesse. Auch Sozialämter dürften bei allem Sparzwang dankbar die Inhalte derartiger Melderegisterauswertungen nutzen. Ebenso die Finanzbehörden. Selbst wenn private Unternehmen nur Zugriff auf wenige

Melddaten haben können, ist eine derartige Softwareentwicklung für Auswertungen öffentlich zugänglicher Daten beispielsweise der Telefon- und Adressbücher sowie Daten aus dem Adresshandel von großer Bedeutung.

Mit dem Ziel, einen rechnergestützten Zensus zu ermöglichen, sollen also Methoden getestet werden, die es erlauben, flächendeckend den einzelnen Bürger in nicht geringen Bereichen seiner Persönlichkeit zu registrieren und zu katalogisieren - genau genommen zu kategorisieren. Solche Methoden - zumindest wenn sie weite Bereiche der Persönlichkeit einbeziehen - hat aber das Bundesverfassungsgericht im Volkszählungsurteil von 1983 als unzulässig bezeichnet (1).

Die nach dem Gesetzentwurf für die Haushaltsgenerierung große Zahl von nutzbaren Hilfsmerkmalen sind genau betrachtet nicht mehr Hilfsmerkmale im klassischen statistischen Sinne, die ausschließlich der Durchführung von Bundesstatistiken dienen. Diese Merkmale stellen zugleich **Rohrhebungsmerkmale** dar, die bei einer klassischen Volkszählung erst gar nicht anfallen, da die Betroffenen selbst Auskunft zu dem entsprechenden Erhebungsmerkmal geben (beispielsweise erklären sich die Befragten **selbst** zu einem gemeinsamen Haushalt). Künftig sollen aber behördlich gespeicherten Datenspuren dieses Ergebnis liefern. Die Grenze zwischen Hilfs- und Erhebungsmerkmal und damit auch die datenschutzrechtlich gebotene frühzeitige Trennung der Hilfsmerkmale von den Erhebungsmerkmalen droht unterlaufen zu werden. In der technischen Durchführung könnte sich das so darstellen, dass für die **eine** Aufbereitung bestimmten Hilfsmerkmale frühzeitig gelöscht werden, sie aber für eine andere Aufbereitung komplett erhalten werden müssen, um plausible Erhebungsdaten zu gewinnen. So verwendete Hilfsmerkmale bilden damit zumindest zeitweilig das **Surrogat eines intelligenten Personenkennzeichens**, mit dem nicht nur die Person selbst identifiziert, sondern auch ein komplexes Abbild zusammenlebender Personen erzeugt wird.

Aus diesem Grunde schlugen wir für das Testgesetz vor, nicht nur das technische Instrumentarium der Registerzusammenführung und intelligenter Registerauswertung zu testen, sondern zugleich auch **Pseudonymisierungsverfahren zu erproben**, welche die Eingriffstiefe vermindern zu können. Wir empfahlen, unmittelbar identifizierende Daten wie Name und Anschrift sowie definierte Ordnungsangaben wie den Geburtstag oder den Geburtsort derartig zu verändern, dass durch Verschlüsselung ein Pseudonym entsteht. Diese Tests könnten parallel zum Registerabgleich und zur Registerzusammenführung erprobt werden. Es wäre sehr bedauerlich, wenn das **Zensus-Testgesetz**, wie es den Anschein nach Vorlage des Regierungsentwurfs hat, auf die Erprobung datenschutzfreundlicher Technologien verzichten und nur die unmittelbare Zusammenführung der verschiedenen Datenbestände zum Ersatz einer klassischen Volkszählung erlauben würde.

Einmal existierend, können solche Instrumente, die für "harmlose" Zwecke wie die Statistik entwickelt wurden, die Nutzungsbegehrlichkeiten anderer öffentlicher oder privater Stellen hervorrufen. Zumindest sollte gesichert werden, dass das zu testende Know-how der Zusammenführung von Hilfsmerkmalen ebenfalls der strikten statistischen Geheimhaltung unterworfen wird und ausschließlich im Bereich der statistischen Ämter genutzt werden darf.

Aus der aktuellen Diskussion ergeben sich einige vielleicht in die Zukunft zeigende Fragen:

Eine möglicherweise wieder auflebende Frage kann sein, ob Registerverknüpfungen und sekundärstatistische Erhebungen doch wieder durch Direktbefragungen abgelöst werden können und vielleicht sogar abgelöst werden müssen?

Vielleicht ist es in 8 oder 10 Jahren möglich, auf neuer technischer Grundlage eine "anonyme" oder zumindest doch pseudonyme Volkszählung durchzuführen - der aber Formen der direkten Befragung vorausgehen müssten?

Was interessiert eigentlich die Statistik? Für den Statistiker ist entscheidend, dass die im Rahmen eines Zensus gemachten Daten authentisch sind. (Dabei sei an die Diskussion zum Thema "Reanalyse statistischer Einzeldaten" erinnert.) Nur die "echten" Daten, die zu einer real vorhandenen und damit zu zählenden lebenden Person im Territorium gehören, sind für die Statistik brauchbar und dürfen in ein Ergebnis einfließen. Bislang war die Überprüfung der Echtheit nur durch eine unmittelbare Identifizierung der Person möglich. Die Aufgabe der Identifizierung bei einer klassischen Volkszählung erledigte der Interviewer vor Ort. Die identifizierenden Daten, also die Hilfsmerkmale - d. h. der Name und die Adresse wie auch der gesamte Haushaltsmantelbogen, wurden nach Akzeptieren der Echtheit der Befragten durch den Interviewer und der Prüfung der Plausibilität der Erhebungsdaten gelöscht. Es blieb ein authentischer Datensatz, der nur noch mit erheblichem Aufwand reidentifizierbar war.

Wenn die unmittelbar identifizierenden Daten also für das statistische Ergebnis nicht relevant sind - sie also nur der Durchführung der Zählung dienen - ist es dann denkbar auf sie ganz zu verzichten? Dies ist dann möglich, wenn eine Person ihre Echtheit und ihre Identität gegenüber der Statistik beweisen kann, ohne selbst identifiziert zu werden.

So etwas scheint künftig durch die SmartCard-Technologie möglich zu werden. Mit dieser Technologie kann ein "anonymer bzw. pseudonymer Personalausweis" entstehen. Ein solcher Ausweis als SmartCard erlaubt es, verschiedene Anwenderprofile, warum auch nicht die einer statistischen Zählung, zu laden. So kann der Karteninhaber anlässlich eines anderen Vorganges daran erinnert werden, mittels seiner Karte und einer Netzverbindung Kontakt zur amtlichen Statistik aufzunehmen. Die amtliche Statistik wiederum kann sich damit sicher sein, dass die dann eingehenden Daten echt und sogar plausibel sind. Der Karteninhaber weiß, dass die Statistik in keinem Fall seinen Namen, das genaue Geburtsdatum und die genaue Anschrift erfährt. Auch eine wechselseitige Erklärung zum Bestehen von Haushaltszusammenhängen dürfte möglich sein.

Der entscheidende Punkt für ein solches System ist aber, dass die SmartCard absolut sicher sein muss. Sie darf für eine Reihe von Anwendungsprofilen, worunter auch die amtliche Statistik dann fallen dürfte, nur durch den tatsächlichen Besitzer aktiviert werden können. D. h., es muss **unmöglich** sein, falsche Identitäten zu erzeugen, authentische Kopien der Karten zu erstellen oder überhaupt geschützte Nutzungsarten der Karte auf andere Personen zu übertragen - was ja heute noch mit jeder Geldkarte möglich ist, wenn die Geheimzahl weitergegeben wird. Ein Weg dahin können biometrische Verfahren der Authentifizierung sein.

Vielleicht kann ein so skizziertes statistisches Erhebungssystem sogar zu anonymen bzw. pseudonymen permanenten statistischen Bevölkerungsregistern führen, bei denen datenschutzrechtliche Belange trotzdem voll gesichert sind.

Abschließend möchte ich auf einen Artikel im Information Security Bulletin, Heft Juli/August 2000, Seite 25-32, von Ramanuj Banerjee mit dem Titel: "Der anonyme Personalausweis" verweisen.

(1) BVerfGE 65, 1

Metschke
Berliner Beauftragter für Datenschutz und Akteneinsicht

Greencards:

Ansturm ist ausgeblieben

DIE WELT online Einem Bericht der "Rheinpfalz" zufolge hat sich das Bundesinnenministerium enttäuscht über die geringe Nachfrage nach Greencards gezeigt. Bis zum 9. Februar sind 5263 Anträge auf eine Arbeitsgenehmigung gestellt worden. Beschlossen worden war ein Kontingent von zunächst 10.000 Greencards für ausländische Computerspezialisten.

Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt hatte trotz des ausgebliebenen Ansturms Ende Januar eine positive Bilanz der Neuregelung gezogen. Nur wer überzogene Erwartungen gehabt habe, könne von einem "Flop" sprechen, erklärte er. Jeder fünfte Antragsteller ist dem Bericht zufolge Inder, viele Bewerber kämen aus Russland, Rumänien, Tschechien und der Slowakei. Deutscher Spitzenreiter bei der Greencard-Nachfrage sei Bayern mit 1511 Anträgen. In den neuen Bundesländern seien dagegen bislang erst 230 Greencards beantragt worden. Innenstaatssekretär Fritz Rudolf Körper sagte, es müsse geklärt werden, ob das deutsche Angebot einer auf fünf Jahre befristeten Arbeitserlaubnis attraktiv genug sei. Deutschland konkurriere um die Fachleute mit Ländern wie Holland oder den USA, die den Aufenthalt zeitlich nicht beschränkten. Eine Ausweitung der Greencard-Aktion über die beschlossene Zahl von 20.000 Experten schloss Körper aus.

Über den Vorschlag von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), die Greencard-Regelung über die Computerbranche hinaus auf andere Wirtschaftsbereiche auszudehnen, werde "im Zusammenhang mit einer Zuwanderungskonzeption" nachgedacht, erklärte Körper weiter.

Montag, 19. Februar 2001

Dass die Vergangenheit uns nicht überhole!

Die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW), zu der in den letzten Mitteilungen eine Notiz unter "ein Konflikt zur Bevölkerungspolitik" stand, sollte den Bevölkerungswissenschaftlern in Deutschland bekannt sein: Immerhin erschien unter ihrem Dach 1973 ein Buch zur Bevölkerungswissenschaft, das sich an einen weiten Leserkreis wendete, über die "Dynamik der Bevölkerungsentwicklung", herausgegeben von Rainer Mackensen und Heinz Wewer im Verlag Hanser, München. Es wollte Probleme der globalen Bevölkerungsentwicklung allgemein, aber doch auf demographisch-wissenschaftlicher Ebene bekannt machen. Darin erläuterte Heinz Wewer die Bevölkerungswissenschaft selbst, wobei er diese ermahnte, ihre "teils offen politische, teils »rein wissenschaftliche« Verstrickung mit der offiziellen Bevölkerungspolitik der Nazi-Ära" zu analysieren und aufzuarbeiten.

Das rechtfertigt vielleicht eine Notiz, die über "Demographie" hinausgeht. In der 1. Mitgliederversammlung 2000 der VDW am 19. November in Berlin wurde u. a. "die Kritik an der Veröffentlichung der Studie von Roland Kollert zur frühen deutschen Atompolitik" diskutiert. Dazu gab Professor Dr. Harry Pross zu Protokoll: "Die Vereinigung hat sich als Provokation definiert, weil in ihr Atomwissenschaftler gegen Atombewaffnung argumentierten, als die Supermacht USA ihr Potential durch weitere Atombewaffnung verstärken wollte. Das war schon was, meutern in der wissenschaftlichen Avantgarde des Kalten Krieges. – Heute blicken wir darauf zurück, dass damalige Zeitgenossen dies und jenes nicht gewusst und gewollt haben. Das wird auch mit unserer Diskussion über die Gentechnik nicht anders sein, sie hat seit dem Beginn mit Linné im 18. Jh.

über die Biologiedynastien der Darwins und Huxleys die Öffentlichkeit erreicht und war einschließlich der Begründung der Eugenics durch Galton (1885) durchaus systemkonform mit dem viktorianischen Imperialismus. Als die imperialistische Vetterwirtschaft in den Materialschlachten des 1. Weltkrieges unter gewaltigen Menschenverlusten zusammenbrach, konnte auch der revanchistische deutsche Genozid sie nicht restaurieren. Die USA übernahmen die europäischen Erbschaften samt Gentechnik und mythologischen Altlasten auf der Wissenschaft der »Wohlgeborenen«, was ja »Eugenics« heisst. Darum geht es heute weniger um den »Wert der Wissenschaft« als um Aufklärung der Verhältnisse von Wert und Preis."

Auch die Demographie sucht heute ein offeneres Verhältnis zu ihrer Vergangenheit. Dabei wird sie die Mahnung Kollerts berücksichtigen müssen, dass keiner in dem Zeitpunkt, in dem er spricht, alles von dem weiß, worüber er spricht. Sowie auch die Mahnung von Pross, dass auch die Eugenik eine globale Bewegung im Namen der Wissenschaft war. Nur die administrative Exekution der eugenischen Bevölkerungspolitik im Interesse eines fanatischen Antisemitismus und Rassismus war eine ganz und gar deutsche Eigentümlichkeit. Es sollte uns mit den Biowissenschaften – mit Gentechnik und Fortpflanzungsmedizin – nicht noch einmal so gehen.

Rainer Mackensen, Falkensee

Familiengründung in Ostdeutschland

Determinanten des Zeitpunkts der Familiengründung vor und nach der Wende

(Vortrag auf der gemeinsamen Konferenz der Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie und der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaften in Berlin am 3. und 4. Dezember 1999)

Dieser Beitrag blieb in der letzten Mitteilung versehentlich unberücksichtigt

Die Veränderung der Geburtenrate, die sich unmittelbar nach dem Fall der Mauer in Ostdeutschland einstellte, hat eine Vielzahl von Forschern dazu verleitet, Erklärungsversuche für einen "drastischen Geburtenrückgang" zu suchen. Dabei geriet gänzlich aus dem Blickfeld, dass die gängigen Geburtenraten nur bedingt taugliche Indikatoren für das Geburtenverhalten in einer Gesellschaft sind, insbesondere weil sie "Timing" und "Quantum" Effekte vermischen. Während die Entwicklungen der Geburtenraten zwar eine rege Diskussion zum Geburtenrückgang auslösten, blieben Fragen der Verschiebung der Familiengründung fast gänzlich unbeachtet. Angesichts erheblicher Unterschiede im Alter der Familiengründung, die zwischen der DDR und Westdeutschland existierten, liegt es jedoch nahe zu vermuten, dass die Wende einen Anstieg des Alters der Familiengründung mit sich brachte, der sich zwangsläufig in einem Rückgang der Geburtenraten niederschlägt.

Zur empirischen Analyse des Alters der Familiengründung vor und nach der Wende wurden die Daten des Sozio-Ökonomischen Panels verwendet. Es zeigt sich für die jüngeren Kohorten (1971-1980), dass das Alter bei Geburt des ersten Kindes um fünf Jahre höher ist als für ältere Kohorten. Damit bestehen nur noch geringe Unterschiede im Zeitpunkt der Familiengründung zwischen Ost- und Westdeutschen dieser Kohorten. Bei der Analyse des Einflusses der Bildungsbeteiligung auf den Eintritt in die Elternschaft zeigt sich, dass der sog. "Institutioneneffekt der Bildung", d. h. der Verzicht der Familiengründung während der Ausbildung, mit der Wende in Ostdeutschland zugenommen hat. Während es in der DDR durchaus üblich war, schon während der Ausbildung und insbesondere während des Studiums das erste Kind zu bekommen, kann dies für die Zeit nach der Wende in Ostdeutschland nicht mehr beobachtet werden.

Michaela Kreyenfeld

Max Planck Institut für Demografische Forschung Rostock

Jaqueline Hecht hat als französische Wissenschaftlerin viel dazu beigetragen, den Namen Johann Peter Süßmilch, des Wegbereiters der deutschen Demographie und Statistik (1707 – 1767), international bekannt zu machen.

Jacqueline Hecht arbeitet am Institut National des Études Démographiques (INED) in Paris. Unterstützt von ihren Kolleginnen und Kollegen hat sie durch ihre Arbeit unserem Theologen und Universalwissenschaftler in Frankreich die Ehre zukommen zu lassen, die ihm gebührt. Die Süßmilch-Forschungen sind schon für Deutsche nicht ganz einfach, weil heute gängige Begriffe damals oft noch einen anderen Inhalt hatten, der Satzbau dieser Zeit sehr kompliziert war, die damalige Sprache der Wissenschaft mit ungewohnt langen Sätzen und zahlreichen Fremdworten gespickt war, weil sie viele uns heute weitgehend unbekannte Abkürzungen und Datumsangaben enthielt und weil die handelnden Personen uns oft nicht mehr sofort bekannt sind. Um so schwieriger sind diese Forschungen für eine französische Wissenschaftlerin, die im Deutschen kaum zu Hause ist, die mit der Schwierigkeit ungewohnter historischer deutscher Druck-Buchstaben und alten Handschriften aus dem Zeitalter der ersten drei Preußenkönige fertig werden musste, die den Schriftverkehr in der Regel fremdsprachig zu führen hatte und die weit weg vom Ort des damaligen Geschehens lebte.

Sie hat aber nicht nur die drei französisch-sprachigen Bände über die damals dreibändige Ausgabe der "Göttlichen Ordnung" Süßmilchs veröffentlicht, eine Dissertation über die einbändige erste Ausgabe dieses Werkes von 1741 mit betreut und im INED herausgebracht, Jacqueline Hecht hat auch den Kontakt mit den renommierten Süßmilch-Forschern Prof. Matsukawa in Japan und Prof. Horváth in Ungarn gepflegt, sie hat auch zahlreiche Artikel in Zeitschriften und anderen Veröffentlichungen über Süßmilch herausgebracht, zuletzt einen Beitrag im Kommentarband dreier Autoren zur deutschen Faksimileausgabe der "Göttlichen Ordnung" im Verlag Finanzen und Wirtschaft der Handelsblattgruppe. Frau Hecht war bei dem wissen-

schaftlichen Festkolloquium der Humboldt-Universität und der Akademie der Wissenschaften der DDR zur Ehrung Süßmilchs ebenso mit dabei wie beim Jubiläum des Berliner Bezirks Zehlendorf mit einem eintägigen Süßmilch-Seminar in der Dorfkirche im Zentrum, einer Süßmilch-Ausstellung im Heimat-Museum des Bezirks und der Einweihung der Zehlendorfer Süßmilch-Gedenktafel mit Abspielen der Märsche des Kalksteinischen Regiments durch ein Bläser-Ensemble mit Beteiligung zweier langer Kerls aus dem Potsdamer Traditionsregiment.

Frau Hecht hat französische Studenten nach Deutschland und Berlin vermittelt sowie viele ausländische Wissenschaftler nach Paris geholt, als sie für die Internationalen Beziehungen und die Praktikanten am INED zuständig war. Mit ihren Vorlesungen an der Universität Straßburg und an der Sorbonne in Paris hat sie viel von ihrem Wissen vor allem an junge Leute unseres Nachbarlandes weitergegeben. Sie hat an den regelmäßigen Treffen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung und des INED teilgenommen, ist durch zahlreiche Vorträge bei uns, in Frankreich und in anderen Ländern sehr bekannt und eine geschätzte Rednerin auf wissenschaftlichen Tagungen internationaler Art. Als Mitarbeiterin des INED hat sie selbst große Konferenzen organisiert, etwa die zu Ehren des Leibarztes der Madame Pompadour, Quesnay, der den Wirtschaftskreislauf entdeckte. Auf dieser Veranstaltung gab ihr auch der einst an der Berliner Universität (Humboldt-Universität) tätige, damals hochbetagte Nobelpreisträger Leontief ihr die Ehre und hielt einen Vortrag.

Alle Verdienste von Frau Hecht zu nennen, ist hier nicht möglich. Vieles ist deshalb auch gar nicht erst erwähnt worden, ihre Forschungen zu Vauban und anderen beispielsweise. Abschließend sei aber gesagt, dass es der Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie bzw. ihrer Nachfolgegesellschaft zur Ehre gereichen dürfte, eine so verdienstvolle Frau zu ihren Ehrenmitgliedern zu zählen.

Eckart Elsner, Statistisches Landesamt Berlin



Jacqueline Hecht
Eine renommierte
Süßmilch-Forscherin
aus Frankreich

Der deutsche EU-Kommissar will den Bürgern der Union die Angst nehmen vor unkontrollierter Zuwanderung aus den Beitrittsländern im Osten

Günter Verheugen, der Kommissar für die Erweiterung der EU, rechnet fest damit, dass sich die Union und die Beitrittskandidaten noch in diesem Jahr auf Übergangsfristen in der sensiblen Frage der Freizügigkeit für Arbeitnehmer verständigen können. Die starken Zweifel auf beiden Seiten, ob es tatsächlich zur Osterweiterung kommt, sieht Verheugen inzwischen beseitigt. Mit dem deutschen EU-Kommissar sprachen Udo Bergdoll, Andreas Oldag und Stefan Ulrich.

SZ: *Brüssel steckt mitten in schwierigen Beratungen über das heikle Thema der Freizügigkeit. Verzögert sich die Erweiterung, weil Deutsche und Österreicher fürchten, von Arbeitskräften aus dem Osten überschwemmt zu werden?*

Verheugen: Schon jetzt kann ich sagen, es wird eine Orientierung hin zu einem Konsens für eine vernünftige, flexible und differenzierte Übergangsregelung geben. Bis Ende des Jahres kann er mit den Kandidaten-Ländern verhandelt sein, so dass

**“Was da auf uns
zukommt, ist absolut
beherrschbar”**

SZ-Interview mit Günter Verheugen

dieses wirklich sehr sensible Thema nicht zu einer Verzögerung führen wird.

SZ: *Kanzler Schröder wünscht eine Übergangsfrist von sieben Jahren.*

Verheugen: Diese Zahl stützt sich auf Erfahrungen. Eine solche Frist ist schon einmal, bei Spanien und Portugal, ver-

wendet worden. Unsicherheiten können überwunden werden, wenn man das ganze System so organisiert, dass es relativ schnell überprüft werden kann.

SZ: *Falls mehr Mobilität gefragt ist?*

Verheugen: Oder wenn festgestellt wird, dass keine echte Zuwanderung entsteht. Dann muss das System in relativ kurzer Zeit geöffnet werden.

SZ: *Wie viele Menschen in Mittel- und Osteuropa suchen Arbeitsplätze hinter der Grenze in Deutschland und Österreich?*

Verheugen: Wir wissen es nicht genau. Alle Untersuchungen sagen: In den Grenzgebieten kommen langfristig zwischen einem und acht Prozent der Bevölkerung des entsprechenden Nachbarlandes dafür in Frage.

SZ: *Eine Million auf gepackten Koffern?*

Verheugen: Die Vorhersagen schwanken. Die große Mehrzahl der Studien belegen, dass die Zuwanderung nach der Erweiterung begrenzt sein wird. Die Vorhersagen der jüngeren Studien bewegen sich zwischen 70 000 und 150 000 Arbeitnehmern jährlich in den ersten Jahren nach der Erweiterung um acht mittel- und osteuropäische Länder (ohne Bulgarien und Rumänien), wobei circa 80 Prozent dieser Arbeitnehmer nach Deutschland und Österreich kommen werden. Studien, die Familienangehörige und Studenten einbeziehen, kommen zu höheren Zahlen.

SZ: *Finden Sie Verständnis bei den Beitritts-Kandidaten, wenn Sie nach einer Übergangsfrist bei der Freizügigkeit verlangen?*

Verheugen: Es ist stärker als nach außen sichtbar wird. Die Kandidaten-Länder verstehen sehr genau, dass die Freizügigkeit ein echtes Erweiterungshindernis ist, faktisch wie psychologisch. Sie sehen die ganz direkte Beziehung zwischen der Angst vor zu starker Zuwanderung und der geringen Unterstützung für die Erweiterung zum Beispiel in Deutschland. Sie wissen auch, dass sie einen Beitrag leisten können, um es einigen EU-Mitgliedern zu erleichtern, die öffentliche Zustimmung für die Erweiterung zu gewinnen. Sie haben auch ein Interesse daran, dass nach der Erweiterung nicht ein großer "brain drain" beginnt.

SZ: *Also auch Sorge im Osten, dass im erweiterten Europa die Eliten nach Westen abwandern?*

Verheugen: Einige dieser Länder haben ein sehr hohes Bildungsniveau. Ungarn besitzt beispielsweise ein starkes Potential an Arbeitskräften in Spitzentechnologien. Das Einkommensgefälle zwischen Ost und West könnte zu einem beträchtlichen Abfluss führen, was in niemandes Interesse liegt. Meine Erwartung, dass wir das Problem der Übergangsfristen für die Freizügigkeit relativ schnell lösen können, gründet auf solchen Erwägungen.

SZ: *Bei Spanien und Portugal galten auch sieben Jahre. Was ist heute anders als in den 80er Jahren?*

Verheugen: Es gab kein Pendlerproblem. Die spanischen Gebiete mit hoher Arbeitslosigkeit lagen weit weg von Frankreich. Auch war der Höhepunkt der Migration überschritten. Man kann das nicht vergleichen. Im Prinzip glaube ich allerdings, dass die Erweiterung den Wanderungsdruck von Ost nach West eher reduzieren wird.

SZ: *Das müssen Sie erklären.*

Verheugen: Wanderungen werden dadurch ausgelöst, dass die Menschen zu Hause keine Perspektive mehr sehen. Genau das wird sich durch die Erweiterung verändern.

SZ: *Trotzdem gibt es viel Angst im Westen. Sie haben im September einmal gesagt, man müsste die Menschen ins erweiterte Europa mitnehmen und dafür sorgen, dass die Eliten aus ihren Elftürmen herauskommen. Sind sie es?*

Verheugen: Ich weiß nicht, ob ein ursächlicher Zusammenhang besteht. Aber seit einem bestimmten Interview in einer bestimmten deutschen Zeitung im September letzten Jahres. . .

SZ: *Sie sprechen vom SZ-Interview. . .*

Verheugen: . . . hat sich das Bild vollkommen verändert. Bis dahin war der Erweiterungsprozess auf beiden Seiten von starken Zweifeln begleitet. Aus den Kandidaten-Ländern war zu hören: Wir sind nicht sicher, ob ihr uns wirklich wollt, ob ihr es wirklich ernst meint. Heute ist das völlig anders. Auch in den Mitgliedsländern dominierte der Zweifel. Spätestens seit dem Gipfel von Nizza können wir aber sagen, dass die Erweiterung das große Thema ist, das die 15 eintrifft. Bei allen anderen großen europäischen Projekten sieht man eher Trennungslinien.

SZ: *Und wie steht es um die Zustimmung der Bürger?*

Verheugen: Die ist noch nicht befriedigend. Ich glaube aber nicht, dass es in Deutschland prinzipiellen Widerstand gegen die Erweiterung gibt. Die vorsichtige Haltung der Menschen beruht nicht nur auf Angst vor der Zuwanderung. Es geht auch um grenzüberschreitende Kriminalität, Wettbewerbsverzerrungen, niedrigere Umweltstandards, auch um Standards bei der Lebensmittelsicherheit. Erst wenn Lösungen auf dem Tisch liegen, können diese Ängste ausgeräumt werden.

SZ: *Da hat Nizza aber enttäuscht.*

Verheugen: Das war nicht die Aufgabe. Für die Erweiterung war Nizza gleichwohl ein Meilenstein. Probleme wird aber verursachen, dass bei der Ausdehnung der Mehrheitsentscheidungen kein größerer Schritt nach vorn möglich war.

SZ: *Fällt den jungen Demokratien im Osten der Verzicht auf nationale Souveränität nicht noch schwerer als den alten im Westen?*

Verheugen: Interessanterweise nein. Wenn ich darüber diskutiere, überzeugt immer das Argument, dass die jungen Demokratien ihre unter Mühen und Opfern erreichte nationale Selbstbestimmung am besten in unserem System der geteilten Souveränität oder der gemeinsam ausgeübten Souveränität erhalten können. Es gibt keine wirklich starken Kräfte im Osten, die in der EU-Mitgliedschaft einen Verlust nationaler Identität sehen.

SZ: *Die Neuen sind also kein Hindernis für die Vertiefung der Union?*

Verheugen: Ich bin fest davon überzeugt, dass sie ganz wichtige und vielleicht auch ganz neue Impulse bringen werden.

SZ: *In Richtung der Zusammenarbeit der Regierungen?*

Verheugen: Nein, in Richtung Gemeinschaft. Kleine und mittlere Staaten haben großes Interesse an starken Institutionen, an starkem Gemeinschaftsrecht.

SZ: *Interesse auch an den "Fleischtopfen". Wann wird die Frage der Agrarbeihilfen gelöst?*

Verheugen: Spätestens im 2. Halbjahr 2002 kommt der Vorschlag der Kommission. Die Mittel, die über Strukturfonds ausgegeben werden, sind keine Mildtätigkeit. Es rechnet sich auch für uns, wenn dynamische Märkte entstehen. Was die Strukturfonds angeht, ist das bis 2006 geregelt. Und danach schießt das auch nicht in den Himmel, weil nicht mehr als vier Prozent des Bruttosozialproduktes eines Landes aus solchen Mitteln kommen dürfen. Die mittel- und osteuropäischen Kandidaten repräsentieren insgesamt die Wirtschaftskraft der Niederlande. Was da auf uns zukommt, ist absolut beherrschbar.

SZ: *Die schwedische EU-Präsidentschaft will die Beitritte beschleunigen.*

Verheugen: Das tut sie. Wir haben tatsächlich einen qualitativen Sprung.

SZ: *Stimmt es, dass Frankreich bremst?*

Verheugen: Das Bild ist völlig falsch. In den Verhandlungen selbst hat Frankreich nie gebremst. Wir werden echte Verhandlungsdurchbrüche erreichen können.

SZ: *Schon Mitte des Jahres zum Ende der schwedischen Präsidentschaft?*

Verheugen: Wir können bis dahin nicht fertig sein, aber wir werden schon etwas klarer sehen, wie viel Zeit wir noch brauchen. Wir haben ja ein Zeitfenster. In Nizza habe ich präzise das bekommen, was ich wollte: Ein Datum für den Abschluss der Verhandlungen mit denen der Kandidaten, die es schaffen werden. Das ist Ende 2002. Und wir haben noch ein Datum: Die ersten neuen Mitglieder sollen 2004 an der Europa-Wahl teilnehmen können.

Berlin – Die Union aus CDU und CSU hat ihre Vorstellungen zur Familienförderung konkretisiert und dabei höhere Beträge zur finanziellen Förderung von Vätern und Müttern genannt. Der Vorstand der Unionsfraktion verständigte sich bei einer Klausurtagung darauf, dass die Union im Falle eines Regierungswechsels Familien 1200 Mark monatlich für jedes Kind im Alter von bis zu drei Jahren zahlen sollte. Für Kinder bis 18 Jahren soll es 600 Mark geben, für ältere Kinder in Ausbildung 300 Mark. Unionsfraktionschef Friedrich Merz (CDU) bezifferte den Finanzbedarf dafür auf 60 Milliarden Mark. In der Union herrsche Einigkeit, dass ein solcher Betrag nicht zusätzlich aufgebracht, sondern andernorts im Sozialetat eingespart werden müsse.

Die Unionsfraktion schlägt dazu vor, jüngeren Arbeitslosen dann Sozialhilfe zu streichen, wenn sie zumutbare Arbeit ohne überzeugende Begründung ablehnen. Genaue Kriterien wie etwa Altersgrenzen wurden nicht festgelegt. Merz sagte, es müsse

künftig mehr Anreize zur Aufnahme von Arbeit geben.

Unionsfraktion fordert 1200 Mark Familiengeld

von Susanne Höll

Die CDU hatte sich bereits 1999 in ihrem Familienprogramm auf ein Familiengeld festgelegt, dabei aber keine Summen genannt. Von der CSU und der Bundestagsfraktion war dann später eine Summe von 1000 Mark genannt worden.

Auch der Wirtschaftsflügel befürwortet inzwischen ein solches Familiengeld, will den Sozialetat aber keineswegs aufgestockt wissen. Der Wirtschaftsexperte und Fraktionsvize Peter Rauen sagte, in dieser Frage herrsche Übereinstimmung auch mit den Sozialpolitikern der Unionsfraktion.

Zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitikern hatte es immer wieder Debatten über den Kurs der Union gegeben. Die Klausur sollte auch dazu dienen, ein gemeinsames Konzept zu finden und Differenzen zwischen unterschiedlichen Interessengruppen auszuräumen. Konkrete Beschlüsse fielen bei der Klausur nicht.

SZ vom 26.01.2001 Politik

„Frauen sind die Gewinner der Rentenreform.“ Das erklärte die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesarbeitsministerium, Ulrike Mascher. Von der Reform profitieren Frauen, die Kindererziehung und Teilzeitarbeit miteinander verbinden sowie Frauen, die mehrere Kinder erziehen, auch wenn reform der Bundesregierung und der Koalitionsverträge von Frauen, die im Anschluss Teilzeit arbeiten oder trotz einer Vollzeitäufnahme rentenrechtlich aufgewertet - und Auch Frauen, die wegen der gleichzeitigen in dieser Zeit nicht erwerbstätig sind, sol- möglichen Förderung für erwerbstätige

Mascher: Frauen sind die Gewinner der Rentenreform

sich auch bei der künftigen Hinterbliebenenversorgung aus. Zum künftigen Versorgungsniveau von 55 % gibt es einen Zuschlag in Höhe eines Entgeltpunktes für jedes Kind (z.Zt. monatlich 48,58 DM im Westen). Zuvor muss jedoch noch einmal nachdrücklich darauf hingewiesen werden: Das neue Hinterbliebenenrecht gilt ausschließlich für neu geschlossene Ehen sowie für bestehende, wenn beide Partner unter 40 Jahren sind, so Ulrike Mascher. Für Witwen, für Rentnerinnen und Rentner, für Ehepaare, bei denen ein Partner über 40 Jahre ist, ändert sich nichts. Die anderslautenden und falschen Behauptungen der Stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Maria Böhmer MdB, haben nur ein Ziel - Witwen und Rentnerinnen zu verunsichern.

Die Rentenfraktionen sieht vor: Die Rentenanwartschaften der dreijährigen Erziehungsurlaubtätigkeit unterdurchschnittlich verdienen, zwar bis zum 10. Lebensjahr des Kindes. Erziehung von zwei oder mehr Kindern len einen Ausgleich in Höhe der höchst- Frauen erhalten. Kindererziehung zahlt

BMA-Pressestelle Berlin, den 30. Januar 2001

Sachverständigenbericht des Familienministeriums "Pflegebedürftigkeit der Senioren nimmt zu" Experten: Anzahl der Hochbetagten steigt erheblich / Finanziell geht es älteren Menschen besser als je zuvor / Von Markus Feldenkirchen

Berlin – Die finanzielle Situation älterer Menschen in Deutschland ist so gut wie nie zuvor. Vor allem die Lage der Senioren in Ostdeutschland hat sich in den vergangenen Jahren merklich verbessert, auch wenn dort das Einkommen der Älteren nach wie vor unter dem Durchschnitt im Westen liegt. Dies geht aus dem Sachverständigen-Bericht zur Lage der älteren Generation in Deutschland hervor, den Bundesfamilienministerin Christine Bergmann am Mittwoch in Berlin präsentierte. Ziel der Bundesregierung sei, die Bedingungen für ein "aktives Altern mitten in der Gesellschaft zu stärken" und die medizinische Versorgung und Pflege im Alter zu sichern, sagte Bergmann.

In ihrem Bericht warnen die Experten allerdings auch vor einem weiteren Anstieg der Pflegebedürftigkeit in den kommenden Jahren. Die Zahl der Pflegebedürftigen werde von derzeit 1,8 Millionen auf bis zu 2,7 Millionen Menschen im Jahr 2040 ansteigen. Zurückzuführen sei dies auf die zu erwartende Alterung der Gesellschaft in den kommenden Jahren.

Der Bericht mit dem Titel "Alter und Gesellschaft" zieht eine

Anzahl der Hochbetagten steigt erheblich

Bilanz der ersten zehn Jahre nach der Wiedervereinigung und soll Perspektiven für die künftige Altenpolitik aufzeigen. Er warnt unter anderem davor, dass in Zukunft der Anteil älterer Menschen mit sehr geringem Einkommen zunehmen werde. In ihrer Stellungnahme stelle die Bundesregierung hingegen fest, der erwartete Anstieg von älteren Sozialhilfebeziehern dürfe nicht als Beweis für Altersarmut angesehen werden. Vielmehr sollten die Sozialhilfeleistungen gerade dazu beitragen, Armut zu bekämpfen.

Bergmann verwies auf aktuelle Zahlen zur demografischen Entwicklung in Deutschland, wonach sich der Bevölkerungsanteil der Menschen über 60 Jahre in den kommenden 50 Jahren deutlich erhöhen wird, von heute 22 auf etwa 36 Prozent. Gleichzeitig wird der Anteil der unter 20-Jährigen nach Angaben des Berichts von derzeit 21 Prozent auf etwa 16 Prozent sinken. Diese Prognose unterstreiche die Bedeutung der Altenpolitik, sagte Bergmann. Die Lebenserwartung der Menschen werde weiter wachsen, die Anzahl der Hochbetagten über 80 Jahre erheblich "steigen". Neben der Politik müssten sich auch die Verantwortlichen von Wirtschaft und Gesellschaft rechtzeitig auf diese Entwicklung einstellen. Die Ministerin warnte davor, ein undifferenziertes und pauschales Bild der älteren Generation zu verbreiten. "Altsein heißt nicht zwangsläufig gebrechlich und hilfsbedürftig zu sein", sagte Bergmann.

So könnten etwa 80 Prozent der Menschen über 70 Jahre ihr Leben weitgehend selbstständig führen. Für die deutsche Gesellschaft habe diese erfreuliche Entwicklung überaus positive Effekte, betonte die Familienministerin. Denn so sei es älteren Menschen möglich, sich auf vielfältige Weise für andere zu engagieren, im familiären Umfeld, in Kommunen, Vereinen oder in der Nachbarschaft. Zur Zeit werde dieses Engagement aber noch unterschätzt. "Doch die Gesellschaft profitiert enorm von dem Erfahrungswissen älterer Menschen", sagte Bergmann.

SZ vom 18.01.2001 Politik, S. 4

Kaliforniens Weiße jetzt schon eine Minderheit

Das Ergebnis der jüngsten Volkszählung zeigt die große ethnische Vielfalt des US-Staates
Von Antonie Bauer

In Europa und anderswo mag die multikulturelle Gesellschaft noch diskutiert werden, in Kalifornien ist sie längst Realität. Das zeigt sich nicht nur in der Vielzahl von mexikanischen Imbissbuden, chinesischen Lebensmittelläden und spanischen Bandansagen am Telefon von Firmen und Behörden. Die Kalifornier von heute sprechen mit verschiedenen Akzenten, Namen wie Castillo oder Gomez, Chan oder Krishnaswami tauchen immer häufiger auf. Die Menschen im bevölkerungsreichsten Staat der USA haben ihre Wurzeln nicht mehr primär in Europa. Weiße sind hier nur noch eine Minderheit, wenn auch mit einem Anteil von 46,7 Prozent die größte. Das ergab die amerikanische Volkszählung 2000, deren Ergebnisse nach und nach in diesem Jahr bekannt gegeben werden.

Die größten Bevölkerungsgruppen in den USA sind Weiße, Hispanics – also Einwanderer aus Lateinamerika und deren Abkömmlinge – Asiaten und Schwarze. Die Gewichte haben sich dabei in den letzten zehn Jahren stark verschoben. Asiaten und Hispanics sind auf dem Vormarsch, während es immer weniger (nicht-hispanische) Weiße gibt. Das liegt vor allem an einem starken Geburtenrückgang in den neunziger Jahren, zudem sind auch etliche Weiße in den letzten zehn Jahren aus Kalifornien weggezogen. Insgesamt sank ihre Zahl um 7,1 Prozent auf 15,8 Millionen.

Die gesamte Bevölkerung des Staates kletterte dagegen um 4,1 Millionen auf 33,9 Millionen Menschen. Das liegt vor allem an der Geburtenfreude der Hispanics, die drei Viertel der Neubürger stellen. Nur ein kleinerer Teil davon sind Zuwanderer. Insgesamt leben jetzt knapp elf Millionen Latinos in Kalifornien, das sind 32,4 Prozent der Bevölkerung. Der Anteil der unter 18-Jährigen überflügelt den der Weißen: 44 von 100 jungen Kaliforniern sind Hispanics, verglichen mit 35 Prozent Weißen.

Auch die Zahl der Asiaten hat deutlich zugenommen: seit 1990 um 39,6 Prozent auf 3,65 Millionen Menschen. Vor allem San Francisco und das Silicon Valley haben oft hoch qualifizierte Einwanderer von der anderen Seite des Pazifiks angezogen. Im Unterschied zu den Hispanics, die oft in eher ärmlichen Verhältnissen leben und schlecht bezahlte Handlangerjobs haben, besetzen viele Asiaten anspruchsvolle Stellen in der High-Tech-Industrie, sei es als Programmierer oder als Ingenieur. In San Francisco stellen sie mit 30,7 Prozent die zweitgrößte Bevölkerungsgruppe. Schwarze sind in Kalifornien nach wie vor vergleichsweise selten: Nur 2,18 Millionen Menschen – dun-

PRESSESPIEGEL

Hinweise auf neue Publikationen



- Bauer, Eckart: Konzeptionelle Grundfragen eines Kinderleistungsungleichs im Rahmen einer Umlagefinanzierten zwangsweisen Rentenversicherung; Peter Lang Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt, Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien. 2000
- Genz, Monika: Zum Zusammenhang von Lebenslage und Gesundheitszustand im Alter. Eine sozialmedizinische theoretische und empirische Analyse im ostdeutschen Kulturwandel zwischen 1989 und 1995; Peter Lang Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt, Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien. 2000
- Hange, Ulrich: Umlagefinanzierte Alterssicherung, Land und Migration. Eine theoretische Untersuchung; Peter Lang Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt, Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien. 2001
- Köhler-Braun, Katharina: Aufstiegsförderung weiblicher Führungsnachwuchskräfte in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland; Möglichkeiten der Einflussnahme und praktische Auswirkungen; Peter Lang Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt, Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien. 2000
- Kondratowitz von, Hans-Joachim: Konjunktoren des Alters; die Ausdifferenzierung der Konstruktion des "höheren Lebensalters" zu einem sozialpolitischen Problem; Transfer-Verlag, Regensburg, 2000
- Ruhe, Doris (Hrsg.): Geschlechterdifferenz; Texte, Theorien, Positionen; Kolloquium des Interdisziplinären Zentrums für Frauen- und Geschlechterstudien der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald; Königshausen und Neumann; Würzburg. 2000
- Seeg, Britta: Frauen und Karriere; Strategien des beruflichen Aufstiegs; Campus-Verlag; Frankfurt/M., New York. 2000
- Süßmilch, Johann Peter: Die göttliche Ordnung in den Veränderungen des menschlichen Geschlechts, aus der Geburt, Tod und Fortpflanzung desselben; Faksimile der 1741 in Berlin erschienenen Erstausgabe; mit Kommentarbeiträgen von Herwig Birg, Eckart Elsner und Jacqueline Hecht; Verlag Wirtschaft und Finanzen; Düsseldorf. 2001
- Weiss, Volkmar: Die IQ-Falle; Intelligenz, Sozialstruktur und Politik; Leopold Stocker Verlag; Graz, Stuttgart. 2000

kelhäutige Hispanics ausgenommen – zählen sich zur Kategorie "African American", das sind 89 000 mehr als vor zehn Jahren.

Der Trend der neuen Zahlen kam nicht überraschend, das Ausmaß der Umwälzungen schon. Experten hatten eigentlich damit gerechnet, dass die Weißen in Kalifornien erst in drei Jahren zur Minderheit würden. Unter den großen Staaten der USA hat Kalifornien die größte Vielfalt in der Bevölkerung und kann sich als der wahre Schmelztiegel der Nation fühlen. Zwar nimmt auch in anderen US-Staaten die ethnische Vielfalt zu – an Kalifornien werden sie aber nie heranreichen, glauben Wissenschaftler.

SZ vom 02.04.2001 Politik

Uns ist die Lust auf Kinder vergangen. In 50 Jahren gibt es nur noch halb so viele Menschen deutscher Nationalität, sagen neueste Prognosen der Statistiker. Geld als Mittel der Familienpolitik vermag gegen das Schrumpfen der Bevölkerung nichts auszurichten. Der Ausweg liegt in gesteuerter Zuwanderung

„Deutschlands Bevölkerung schrumpft“ - diese Nachricht will gewichtet sein. Deutschland ist gar nicht kinderfeindlich, aber kinderscheu, faktisch kinderarm. Nur noch zwei Drittel der Kinder werden geboren, die zur Bestandserhaltung der autochthonen Bevölkerung erforderlich sind. Zudem: Neben Japan und Schweden gehört die deutsche Bevölkerung zur ältesten der Welt. Die Kurve des Diagramms der Zukunft weist nach unten. Bis 2050 wird sich die Zahl der unter 20-Jährigen annähernd halbieren. Die Zahl der Menschen im aktiven Alter zwischen 20 und 60 Jahren wird sich auf etwa 40 Prozent vermindern, während die über 60-Jährigen die stärkste Gruppe stellen werden.

Sterben die Deutschen aus? Wenn das Statistische Bundesamt meldet, in den kommenden 50 Jahren werde die Bevölkerungszahl von 82 auf 65 Millionen sinken, ist von den Menschen die Rede, die innerhalb der deutschen Grenzen leben. Nicht von den nativen Deutschen. Sie haben in einer differenzierten Hochrechnung keine Chance. Schon der gegenwärtig registrierte Mini-Anstieg der Bevölkerung auf 82,2 Millionen (Ende 1999) beruht auf Zuwanderung. Unter denen, die nach Deutschland kommen, beobachtet man in der Regel ein anderes Geburtenverhalten: Sie sind "generativ aktiv". Sie nehmen zu, während die "Ureinwohner", die völkischen Deutschen, dahinschwenden. Über ihre Zahl in der Mitte oder am Ende des Jahrhunderts gibt es deprimierende Schätzungen. Sie liegen gemäß optimistischen Rechenweisen bei 30 bis 40 Millionen.

Es ist kein Trost, vielleicht aber ein wichtiges Indiz, dass der demographische Abschwung in der Regel in hoch industrialisierten Ländern zu beobachten ist. Die Deutschen stehen nicht allein da. Doch scheint das Absterben, die Unfähigkeit, den Bestand zu erhalten, nicht an eine bestimmte Zivilisationsphase gebunden zu sein. Die spezifische Form der Müdigkeit oder sozialen Unlust trat auch in vorindustriellen Zeiten auf. Und zwar immer dann, wenn die kulturelle Entwicklung das Individuum, seine Ich-Fähigkeit, das Bewusstsein seiner selbst, seines einzelpersönlichen Wertes begünstigte. Das soziale Verhalten, das damit verbunden ist, gleicht einer mächtigen Flussströmung. Die Politik kann sich in Formen der Familien-Alimentierung dagegenstemmen wie sie will: Sie verliert den Halt. Geld vermag nichts gegen den Geist des Ichs. Appelle verhallen, der erhobene Zeigefinger erstarrt in der Luft.

Wenn es zutrifft, dass die hoch entwickelten industriellen und technologischen Gesellschaften dem Geist der Autonomie verhaftet sind, aus ihm entstanden und sich aus ihm nähren, dann ergibt sich aus dieser Kombination eine besonders dramatische, ja eine lebensgefährliche Absage an das zweckhafte generative Verhalten, die Neigung zur Zeugung.

Bevor man mit dem Argument des Werteverfalls hantiert, bleibt man besser zunächst bei den konkreten Gründen und den in jedem Fall übermäßigen, ja existenziellen Folgen. Die wirtschaftlichen, sozialen und zivilisatorischen Faktoren begünstigen die bestandserhaltende Kinderzahl nicht: Doppelberuf der Eheleute respektive Partner, Wohnorganisation, Arbeitsteilung innerhalb der Beziehungen, neue Freizeitkultur und moderne Erlebnisformen sind in der Erwachsenenkohorte, also ohne "Anhängsel" - sei es Kinder oder "Alte" - am besten und leichtesten organi-

Das Ende der Deutschen?

von Herbert Kremp

sierbar. Der Umschlag von großfamiliären zu kleinfamiliären Strukturen ist als eine Art Sozialschock im kollektiven Nahgedächtnis. Noch die Groß- und Urgroßeltern lebten in einer anderen Welt.

In knappster Gemeinschaft zu leben, ohne den traditionellen Kindersegen, in der Erwachsenenwelt "füreinander" da zu sein (das einander Leidwerden gehört dazu), gar als Single den kommoden Wohnraum der Städte zu okkupieren und in diesem Sinne frei zu bleiben und sich frei zu halten - das ist die Massenoption. Sie entspricht dem Kern des Individualismus, der inneren und äußeren Mobilität.

Liegt darin Werteverfall oder ein Wertewandel, der noch nicht abgeschlossen ist? Wenn es zutrifft, dass die Veränderungsgeschwindigkeiten auf allen Gebieten, besonders in der Wissenschaft, aber auch in der technologisch beeinflussten Lebensorganisation so groß sind, dass - allgemeiner Lehre nach - der Mensch nicht zu folgen vermag, so wird man diesem Menschen etwas zugute halten müssen: die Hoffnung nämlich, dass er sich mit neuen Werten einrichtet, sobald er seelisch und intellektuell die neue Welt zu erfassen vermag.

Umbrüche dieser Dimension haben, wie der historische Rückblick zeigt, auf das generative Verhalten stets dämpfend gewirkt. Nimmt man den Individualismus, den autonomen Menschen als eine Gegebenheit ohne schnelle Wertung, ist die Zeit seit der Antike ein Lehrmeister: Zuerst in Griechenland, dann in Rom begann der "Prozess der Ich-Suche und -Findung" (Meinhard Miegel), der in der Folge immer wieder auftrat: In der Renaissance, im Humanismus, in der Reformation, in der Aufklärung, im Liberalismus, auch im Sozialismus und heute im Individualismus, der wiederum freie und schöpferische Züge trägt. Freiheit, Entfaltung der Person, Selbstverwirklichung stehen am Ende eines unreviewbaren Prozesses. Der Einzelne und sein Schicksal werden immer bedeutungsvoller, und am bedeutungsvollsten ist der Erwachsene, nicht das Kind.

Für die Deutschen mit 1,4 Kind pro Frau mögen noch andere, weniger "leuchtende" Gründe mitspielen. Während man in den erwähnten Geschichtsperioden auf dem Höhepunkt der Prosperität das Kind zu vergessen schien, beeinträchtigt im aktuellen deutschen Fall das meist unbewusste Erlebnis der Zukunftsangst das generative Verhalten. Diese Angst ist nicht fassbar, sie entzieht sich exakter Feststellung - man spürt und wittert sie jedoch in vielen Lebensäußerungen, vor allem im hypochondrischen Drang nach Absicherung und Versorgung, umgekehrt in Risikoscheu und einer generellen Skepsis gegenüber unternehmerischem Handeln (und Auftreten). Kriege und die familiären Einbußen, Schuldgefühle - selbst empfunden oder pädagogisch oktroyiert -, rascher Zerfall alter Milieus und Institutionen, Wertezweifel und Sinndefizite bilden ein "härenes" Gewebe, in das man sich gesteckt und eingebunden fühlt, auch wenn man dazu keine Worte findet.

So individuell die Reaktionen auch hier ausfallen, so sehr man vor der Generalisierung des Zustands warnen muss - eine Folge ist unverkennbar: Die ethnische und kulturelle Identität der Deutschen ist in tiefe Zweifel versunken. Sie werden nicht als Werte empfunden, und wer sie auch nur erklärend hervorhebt, muss mit "Korrektheitsrügen" rechnen. Was auf solche Weise verdrängt ist und irgendwo in der Tiefenschicht der Seelen eine unausgesprochene Existenz führt, ist dennoch da. Das Frohgemute, das mit "Volk" verbunden ist (das Thema enthält ja nicht nur Gefahren), und zur Freude am Kind in einer schwer zu definierenden, aber tatsächlichen Beziehung steht, drängt, zum Missmut verformt, ans Tageslicht. Die Deutschen glauben nicht

an sich, sie wollen aber auch mit dem Zuwanderer nicht teilen und sich ihm nicht mitteilen. Sie sind Exponenten des "Zeitalters der Nervosität".

Deutschland braucht Zuwanderung und zugleich die innere Kraft zur Integration der Menschen, die Deutsche werden sollen. Alle Demographen sagen uns, dass es eine Zuwanderung in der Größenordnung, die den Bestand garantiert, nicht geben kann und geben wird. Dies mag statistisch zutreffen. Und vieles spricht auch dafür, dass eine Abermillionen-Einwanderung die kulturellen Gewichte und den politischen Konsens restlos zerstören würde. Die Vision Samuel P. Huntingtons über den

"Kampf der Kulturen" verwirklicht sich für Pessimisten in einzelnen Ländern - wie Deutschland.

Tatsächlich erwächst der Politik hier eine entscheidende Herausforderung: Da sie nicht in der Lage ist, die Freude am Kind zum Massenerlebnis werden zu lassen, muss sie in dem Bereich, der ihr administrativ zugänglich ist, bei der Einwanderung, richtige Auswahl- und Integrationsbeschlüsse fassen. Die individualistische Kultur kann ohne kluge Führung nicht überleben.

Die Welt online vom 20.7.2000

Früher konnte Deutschlands Bevölkerung in Form einer Pyramide wiedergegeben werden. Der Fuß in den Grafiken der Bevölkerungsstatistiker war breit, dort wurden die Neugeborenen dargestellt. Nach oben hin nahm das Bild dann linear ab. Je höher das Alter, desto weniger Menschen dieses Alters gab es. Das war der natürliche Lauf des Lebens. Doch neunzig Jahre ist es schon her, dass Statistiker den Bevölkerungsaufbau in dieser klassischen Form zeichnen konnten.

Heute hat diese Pyramide einen Bauch und dünne Beine bekommen, was bedeutet: weniger Jugend und viele Menschen im Alter zwischen 25 und 60 Jahren. Im Jahr 2050 wird sich die einstige Pyramide vollends auf den Kopf gestellt haben, unten schmal und oben breit. Eine Mumie. Deutschland vergeist. So prognostiziert es das statistische Bundesamt in seiner jüngsten "Bevölkerungsvorausberechnung", wie die Datenanalyse amtlich heißt.

Und es wird immer weniger Bewohner in Deutschland geben. In 50 Jahren könnte wieder der Stand von 1950 erreicht sein, wenn die Berechnungen aufgehen. Damals lebten auf der Fläche des heutigen Landes knapp 70 Millionen Menschen. Im Jahr 2050 werde die Einwohnerzahl von heute 82 Millionen bei einem Zuwanderungsgewinn von 200 000 Menschen jährlich auf dann 70 Millionen sinken, sagte der Präsident des Bundesamtes, Johann Hahlen. "Nur, dass sich das zahlenmäßige Verhältnis zwischen älteren und jüngeren Menschen erheblich verschieben wird", sagt er. Hahlen sieht in der Prognose eine gewisse Dramatik, "eine Herausforderung für nachhaltige Politik", wie er es vorsichtig ausdrückt. Denn seine Zahlen bedeuten ernsthafte Konsequenzen für das Steuereinkommen, die Sozialversicherungssysteme und Renten in Deutschland. Lange Zeit hätten sich Politiker "faktenresistent" gezeigt, sagt Hahlen. Seit 1980 gebe es diese statistischen Warningschüsse von der Vergrößerung und Abnahme der Bevölkerung. Erst seit 1996 werde durch eine Kommission im Bundestag ernsthaft darauf reagiert.

Neu an der nun vorliegenden neunten Bevölkerungsvorausentwicklung des Statistischen Bundesamtes ist die weit in die Zukunft gehende Prognose. Im letzten Gutachten 1994 hatten sich die Experten nur getraut, bis in das Jahr 2040 hinein zu prognostizieren. Eine positive Wende gibt es allerdings in dem neu erforschten Jahrzehnt nicht.

Selbst bei einer hohen Zuwanderung aus dem Ausland von 200.000 Menschen pro Jahr wird die Einwohnerzahl in Deutschland drastisch sinken. Schuld daran ist das Geburtenfazit. Die Berechnungen wurden in der Annahme gemacht, dass

sich das Geburtenfazit in Deutschland nicht merklich verändern wird. Derzeit bräuchten im statistischen Durchschnitt 1000 Frauen 1400 Kinder zur Welt, sagte Hahlen. "Daran wird sich bis 2050 nichts ändern." Zur langfristigen Erhaltung der Bevölkerungszahl müssten 1000 Frauen jedoch 2100 Kinder gebären.

Auch in den nächsten 50 Jahren dürften wie in den vergangenen drei

Jahrzehnten mehr Menschen sterben als Kinder geboren werden. Derzeit gebe es etwa 76.000 mehr Sterbefälle als Geburten. Im Jahr 2050 werde diese Zahl bei 640.000 bis 670.000 liegen, je nachdem, ob man von einem Zuwanderungsplus von jährlich 200.000 oder 100.000 Menschen ausgehe.

Trotz Zuwanderung werden die Deutschen in 50 Jahren ein Volk vergleichsweise alter Menschen sein. Auf 100 Personen im Erwerbsalter kämen dann 75 bis 80 Menschen

im Rentenalter ab 60 Jahren statt heute etwa 40.

Die Lebenserwartung werde bis zum Jahr 2050 voraussichtlich um etwa vier Jahre steigen. Der so genannte Altenquotient, der das Verhältnis der Bevölkerung im Rentenalter zu derjenigen im Erwerbsalter (20 bis 59 Jahre) wiedergebe, werde sich in etwa verdoppeln. Heute kämen 40 Personen im Rentenalter von 60 Jahren und darüber auf 100 Erwerbsfähige. 2050 werde diese Zahl auf 75 bis 80 steigen. Wenn die Altersgrenze auf 65 verschoben würde, stiege die Zahl der Rentner pro 100 Erwerbsfähige von heute 25 auf 52 bis 56.

Die Welt online vom 20.7.2000

Die Deutschen werden ein Volk von Greisen

von Wulf Schmiese



Dramatische Zunahme der Aids-Fälle in Osteuropa

Weltweit 36 Millionen Menschen HIV-infiziert
Bereits 21,8 Millionen an Immunschwäche-Krankheit gestorben /
In Deutschland 60 000 Personen angesteckt
von Marianne Heuwagen

Berlin – Weltweit sind im vergangenen Jahr drei Millionen Menschen an Aids gestorben. Dies geht aus den jüngsten Zahlen der Weltgesundheitsorganisation und der Aids-Organisation der Vereinten Nationen (UNAIDS) hervor, die in Berlin in Anwesenheit von Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer

(Fortsetzung auf Seite 24)

(Fortsetzung von Seite 23)

(Grüne) und Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) vorgestellt wurden. Danach sind seit dem Ausbruch der Epidemie 21,8 Millionen Menschen an Aids gestorben. Mit den Neuerkrankungen von 5,3 Millionen Menschen ist die Zahl der mit dem HI-Virus angesteckten Menschen weltweit auf 36,1 Millionen gestiegen, sagte Peter Piot, Exekutivdirektor von UNAIDS.

Besonders dramatisch sei der Anstieg der Aids-Infizierten in Osteuropa und der Russischen Föderation. Allein in diesem Jahr wurden mehr Aids-Infizierte registriert als in allen Jahren zuvor. Schätzungen zufolge sind dort 700 000 Erwachsene und Kinder infiziert. Erfreulich sei allerdings, dass sich die Zahl der Aids-Erkrankungen in Afrika südlich der Sahara stabilisiert habe, auch wenn die 3,8 Millionen neu erkrankten Menschen dort immer noch den größten Teil der Aids-Infektionen weltweit ausmachten, meinte Piot.

Carol Bellamy, Exekutivdirektorin der Kinderhilfsorganisation Unicef, wies darauf hin, dass ein Drittel der Infizierten junge Menschen im Alter zwischen 14 und 24 Jahren seien. Wie sehr das Problem auch die Bildungschancen der Jugend beeinflusse, zeigen die Zahlen aus Afrika, wo seit 1990 allein 860 000 Kinder ihre Lehrer auf Grund von Aids-Erkrankungen verloren haben. Wenn allerdings die Lektionen aus Afrika auf andere Länder übertragen werden könnten, nämlich das Schweigen zu brechen, könnte sich dies in der Zukunft positiv auf die Aids-Statistik auswirken.

Nach Angaben von Bundesgesundheitsministerin Fischer haben sich in Deutschland zwischen 50 000 und 60 000 Menschen mit dem HI-Virus angesteckt – die Zahl der Neuinfektionen liege bei 2000 jährlich. Bei 22 000 Personen ist die Krankheit bereits ausgebrochen, 18 000 sind daran gestorben. Die Bundesregierung gebe jährlich 18 Millionen Mark für Aids-Aufklärung aus. Die Summe sei trotz Haushaltskürzungen konstant geblieben, sagte Fischer. Die meisten Neuinfizierungen gebe es bei Personen, die aus den Ländern kommen, in denen Aids besonders verbreitet sei, sagte Stefan Etgeton, Bundesgeschäftsführer der Deutschen Aids-Hilfe. Deshalb fordere die Deutsche Aids-Hilfe, Erkrankungen als zwingendes Abschiebehindernis anzuerkennen. Auch dürfe die gesundheitliche Versorgung nicht nach dem Aufenthaltsstatus eingeschränkt werden. Das Asylbewerberleistungsgesetz müsse ganz abgeschafft werden.

Entwicklungsministerin Wieczorek-Zeul betonte, dass die Bekämpfung von Aids eine Querschnittsaufgabe in der gesamten Entwicklungszusammenarbeit sei. Der Schwerpunkt der deutschen Bemühungen liege auf der Prävention von HIV-Infektionen. Die Bundesregierung habe die Mittel dafür im nächsten Jahr auf 140 Millionen Mark aufgestockt.

Die Bundesministerin lobte die Initiative von fünf internationalen Pharmakonzernen, die Preise für antivirale Medikamente zu senken, um den Entwicklungsländern den Zugang zu den wichtigsten Medikamenten zu erleichtern. Gemeinsam mit dem deutschen Pharmakonzern Boehringer werde demnächst in Kenia, Tansania und Uganda kostenlos ein Medikament bereitgestellt, das die HIV-Übertragung von Aids-infizierten Müttern auf Kinder verhindern soll.

Da in den meisten Ländern der Welt – mit Ausnahme der Region südlich der Sahara – mehr Männer als Frauen an Aids sterben, stellt UNAIDS den diesjährigen Welt-Aids-Tag am 1. Dezember unter das Motto "Männer stellen sich der Verantwortung".

SZ vom 29.11.2000 Politik

Termine der Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie e. V.

21. bis 23. Juni 2001

Gemeinsame Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft und der Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie

Thema:

Familienpolitik und Familienstrukturen

Tagungsort:

Berlin, Katholische Akademie, Hannoversche Straße 5b

24. September 2001

Tagung im Rahmen der Statistischen Woche in Dortmund

Gemeinsame Sitzung des Arbeitskreises Volkszählung der DStG, des Verbandes deutscher Städtestatistiker und der Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographien bzw. ihrer Nachfolgegesellschaft zum Thema:

Stand des Zensusfestes

("Volkszählungsvorbereitungsgesetz")

und die Wirkungen auf künftige Zählungen

30. November bis 1. Dezember 2001

Tagung im Harnack-Haus in Berlin-Dahlem, Innestraße 16-20

Thema:

Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik im "Dritten Reich"

IMPRESSUM

Die Mitteilungen der Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie e. V. erscheinen zweimal jährlich. Sie werden an die Mitglieder der Gesellschaft kostenlos versandt.

Herausgeber:

Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie e. V.
Präsident Prof. Dr. Eckart Elsner, Gößweinsteiner Gang 20A,
14089 Berlin

Bankverbindung:

Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Konto-Nr.: 2099 9500 00

Redaktion und Layout:

Dr. Förster, Matthias; Dr. Maretzke, Steffen
eMail: JPSuessmilchG@gmx.de

Die Redaktion freut sich über alle Beiträge, die zur Veröffentlichung eingereicht werden. Informieren Sie uns bitte über Veranstaltungen u.a. wichtige Dinge, die es wert sind, mitgeteilt zu werden. Beiträge für die Mitteilungen können direkt an die Redaktion:

Dr. Matthias Förster, Waldhöhe 7, 15834 Rangsdorf
Tel (dtl.): 0331/2891 253/52

Dr. Steffen Maretzke, Landgrabenweg 5, 53343 Wachtberg
Tel (dtl.): 01888 4012 326

möglichst bereits als WORD- oder ASCII-Datei, gesandt werden. Die Beiträge liegen in der alleinigen Verantwortung der Autoren.